

STADT PAPENBURG Landkreis Emsland

124. Änderung des Flächennutzungsplanes „Windpark südlich Johann-Bunte- Straße“

Beteiligung der Behörden und
sonstiger Träger öffentlicher Belange
(§ 4 (2) BauGB)

und

Beteiligung der Öffentlichkeit
(§ 3 (2) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

09.09.2024

Diekmann • Mosebach & Partner

Regionalplanung • Stadt- und Landschaftsplanung • Entwicklungs- und Projektmanagement

26180 Rastede Oldenburger Straße 86 (04402) 977930-0 www.diekmann-mosebach.de



Träger öffentlicher Belange**von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

- | | |
|---|------------|
| 1. Industrie- und Handelskammer für Ostriesland und Papenburg
Ringstraße 4
26721 Emden | 11.07.2024 |
| 2. Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim
Bramscher Straße 134-136
49088 Osnabrück | 16.07.2024 |
| 3. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
Vahrenwalder Str. 236
30179 Hannover | 31.07.2024 |
| 4. Avacon Netz GmbH über
DMT Engineering Surveying GmbH & Co. KG
Watenstedter Weg 75
38229 Salzgitter | 03.07.2024 |
| 5. TenneT TSO GmbH
Eisenbahnlängsweg 2 a
31275 Lehrte | 03.07.2024 |
| 6. Wasserverband Hümmling
Rastdorfer Straße 100
49757 Werlte | 06.08.2024 |
| 7. Niedersächsische Landesforsten
Forstamt Ankum
Lindenstraße 2
49577 Ankum | 01.07.2024 |
| 8. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Referat Infra I 3 - Hoheitliche Aufgaben
Fontainengraben 200
53123 Bonn | 08.07.2024 |
| 9. Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim
Einsatz und Verkehr Sachgebiet Verkehr
Wilhelm-Berning-Straße 8
49808 Lingen | 02.07.2024 |
| 10. Gemeinde Rhede (Ems)
Gerhardyweg 1
26899 Rhede (Ems) | 02.07.2024 |
| 11. Stadt Papenburg
Bauaufsicht
Hauptkanal rechts 68-69
26871 Papenburg | 30.07.2024 |
| 12. Stadt Papenburg
Tiefbauverwaltung
Hauptkanal rechts 68-69
26871 Papenburg | 24.07.2024 |

Träger öffentlicher Belange**von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

- | | |
|---|------------|
| 1. Landkreis Emsland
Postfach 1562
49705 Meppen | 15.08.2024 |
| 2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen
Bezirksstelle Emsland
Außenstelle Aschendorf-Hümmeling
Dr.-Horstmann-Straße 7
26871 Aschendorf | 06.08.2024 |
| 3. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
Postfach 51 01 3
30631 Hannover | 23.07.2024 |
| 4. Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege
Abteilung Archäologie- Abteilung Archäologie –
Stützpunkt Oldenburg
Ofener Straße 15
26121 Oldenburg | 31.07.2024 |
| 5. Landkreis Leer
Bergmannstraße 37
26789 Leer | 28.06.2024 |
| 6. Nabu Emsland/Grafschaft Bentheim
Haselünner Straße 15
49716 Meppen | 06.08.2024 |
| 7. Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post
und Eisenbahnen.
Richtfunk; Ortungs-, Navigations-, Flugfunk; Campusnetze
Fehrbelliner Platz 3
10707 Berlin | 06.08.2024 |
| 8. Telekom Deutschland GmbH
Hannoversche Str. 6-8
49084 Osnabrück | 09.08.2024 |
| 9. EWE NETZ GmbH
Cloppenburg Straße 302
26133 Oldenburg | 12.07.2024 |

Anregungen	Abwägungsvorschläge
Landkreis Emsland Postfach 1562 49705 Meppen	
<p>Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p>Städtebau In der Planzeichnung sollten sich die Farben der BOS-Richtfunktrasse und der Gemeindegrenze deutlicher voneinander unterscheiden. In der Einleitung zum Umweltbericht ist darauf hinzuweisen, dass der Umweltbericht für den Planbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 145 der Stadt Papenburg erstellt wird und dass die Größe der 124. Änderung des Flächennutzungsplans geringer ist. Auch diese Größe ist hier zu beziffern. Auf Seite 6 des Umweltberichtes ist der letzte Satz unvollständig und daher unverständlich. Bei der Erstellung des Umweltberichts ist die Anlage 1 zum BauGB anzuwenden. Gern. Ziffer 2. b) dd) ist auch eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bezogen auf die Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihrer Beseitigung und Verwendung abzugeben. § 1 Abs. 7 BauGB verlangt, dass bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen sind. So ist gemäß § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB das Ergebnis der Umweltprüfung in der Abwägung zu berücksichtigen. Die Gemeinde muss unterscheiden zwischen einer fachlichen Bewertung von Umweltbelangen im Umweltbericht und der Bewertung dieser Belange im Rahmen der rechtlichen Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB. Eine Abwägung, die alle Belange gesamt betrachtet, fehlt bisher. In der Begründung ist somit außerhalb des Umweltberichtes die erfolgte Gesamtabwägung (Gewichtung der Belange etc.) - unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Umweltberichtes - zu erläutern.</p> <p>Naturschutz und Forsten Gegen die o. g. Bauleitplanung bestehen aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege keine grundsätzlichen Bedenken. Das Großprojekt "Windpark ATP Papenburg", das den Bauleitplanungen zugrunde liegt, betrifft planungsrechtlich sowohl das Stadtgebiet der Stadt</p>	<p>Der Anregung wird gefolgt und die Planzeichnung redaktionell angepasst.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und der Umweltbericht redaktionell angepasst.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und der Umweltbericht redaktionell angepasst.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und der Umweltbericht redaktionell angepasst.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und die Begründung redaktionell angepasst.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Papenburg als auch das Gemeindegebiet der Gemeinde Surwold (SG Nordhümmling).</p> <p>Forstfachliche Belange: Zu den forstfachlichen Belangen ist im Nachgang einer gemeinsamen Begehung (Staatliches Forstamt Ankum, Untere Waldbehörde Landkreis Emsland, Planungsbüro Baader Konzept) ein forstfachliches Gutachten erstellt worden.</p> <p>Den Aussagen des Gutachtens kann aus forstfachlicher Sicht grundsätzlich gefolgt werden. Die Aussage, dass keine Gründe, die einen Ersatzaufforstungsfaktor größer 1,0 erforderlich machen, vorliegen, kann jedoch nicht mitgetragen werden.</p> <p>Die Waldflächen liegen innerhalb eines Automobil- Testgeländes. Das Testgelände ist Unbefugten nicht zugänglich, d. h. die Bevölkerung konnte und kann die Erholungsfunktion der Waldflächen nicht wahrnehmen. Die Waldflächen konnten sich daher bis auf die betriebsbedingten Lärmimmissionen nahezu ungestört entwickeln. Die Lärmimmissionen führen aufgrund ihrer regelmäßigen Wiederkehr zu Gewöhnungseffekten bei den vorkommenden Tierarten, auch bei den geschützten Arten. Vorkommende Tierarten erkennen recht schnell, dass von den Lärmimmissionen keine Gefahren ausgehen. Die Lärmimmissionen sind daher als Störfaktor von eher unerheblicher Bedeutung. Die Erholungsfunktion wird zwar vergleichsweise stark eingeschränkt, dafür ist die Schutzfunktion umso höher einzuschätzen. Aufgrund der Lage, des Alters und der Entwicklungsstadien der Waldflächen wird ein Ersatzaufforstungsfaktor von mind. 1 : 1,2 für erforderlich erachtet.</p>	<p>Die in der Stellungnahme behandelte Erholungsfunktion fließt gemäß den Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG, Kapitel 2.1.1 nicht in die Bewertung mit ein, da die Funktion auf dem ATP-Gelände vollständig ausgesetzt ist (s. Erläuterungsbericht zur Forstrechtlichen Bilanzierung, Kapitel 3.2).</p> <p>Dem Ergebnis der Bewertung der Schutzfunktion liegt vor allem zu Grunde, dass die Bestände vorherrschend degeneriert und strukturmäßig einschichtigen Beständen nicht vorhanden. Der Totholzanteil ist entsprechend gering. Ebenso das Vorhandensein von Baumhöhlen. Die in der Stellungnahme behandelte von dem ATP-Gelände ausgehende Lärmimmission wird in dem Erläuterungsbericht zur forstrechtlichen Bilanzierung ebenso nicht als Störfaktor bewertet. Bezüglich der Lärmimmission wird in dem Erläuterungsbericht zur forstrechtlichen Bilanzierung festgestellt, dass die Waldbestände aufgrund ihrer natürlichen charakteristischen Eigenschaften eine visuelle und akustische Abschirmung der Teststrecke erfüllen, den Beständen aber keine besondere Funktion als Boden-, Lärm-, Immissions- oder Klimaschutzwald gemäß der Waldfunktionenkartierung der Niedersächsischen Landesplanungsamtes (2021) zugewiesen ist. Aufgrund der Zäunung des ATP-Geländes werden einzelne Arten von den Beständen ausgeschlossen, sodass die Bedeutung des Waldes für die Biotopvernetzung eingeschränkt ist. Die betroffenen Bestände auf dem ATP-Gelände unterscheiden sich gemäß den Bewertungskriterien der Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG (2016), Kapitel 2.1.1, deutlich von Beständen, die hinsichtlich ihrer Nutz- und Schutzfunktion höher zu bewerten sind.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Die Ersatzaufforstung hat sowohl gleichwertig als auch gleichartig zu erfolgen, d. h. die Ersatzaufforstung hat sowohl in ihrer Art als auch in ihrer Wertigkeit der dauerhaft verlorengehenden Waldflächen zu entsprechen. Eine Gleichwertigkeit kann nur mittel- bis langfristig angestrebt werden und soll forstfachlich, soweit möglich, über den Aufforstungstaktor von 1 : 1,2 abgedeckt werden. Eine Gleichartigkeit ist durch das Verwenden gleicher Baum- und Straucharten bzw. durch das Gründen gleichartiger Waldgesellschaften anzustreben.</p> <p>Artenschutzrechtliche Belange: Zu den artenschutzrechtlichen Belangen wurde eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durchgeführt und den Planungsunterlagen beigelegt. Die Daten und Erhebungen stammen aus den Jahren 2022/2023, sodass die Datengrundlagen hinsichtlich des Alters (nicht älter als fünf Jahre) und der Belastbarkeit Aktualität besitzen und artenschutzrechtlich verwertbar sind.</p> <p>Soweit erkennbar werden alle Tiergruppen, die vorhabenbedingt eine Relevanz besitzen, erfasst (Erhebung), fachlich betrachtet und in Bezug auf ihre jeweilige Betroffenheit beurteilt.</p> <p>Nach dem Ergebnis der saP (4.0 "Fazit", S. 27, saP) ist vorhabenbedingt keine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zu erwarten. Es kommt nicht zu erheblichen Störungen</p>	<p>Von der Planung ist Pfeifengras-Birken-und-Kiefern-Moorwald sowie ein Jungbestand Nadelwald betroffen. Bei ersterem handelt es sich um ein Degenerationsstadium von Moorflächen, das auch nur auf solchen Standorten gleichwertig wiederhergestellt werden könnte. Dies entspricht jedoch nicht unbedingt den übergeordneten naturschutzfachlichen Zielen, die auf solchen Flächen i. d. R. gelten (Moorrenaturierung). Auch besitzen diese Flächen keine besondere forstwirtschaftliche Bedeutung als Nutzwald. Auch Nadelwald ist nicht die Zielwaldart in Niedersachsen, weder aus forstlicher, noch aus naturschutzfachlicher Sicht. Daher wird es in diesem Fall als legitim angesehen, den Wald nicht exakt in gleicher Art (mit denselben Baumartenzusammensetzungen etc.), wohl aber in gleicher Wertigkeit aus forstlicher und naturschutzfachlicher Sicht wiederherzustellen, wobei die Standortbedingungen auf der Kompensationsfläche die Waldgesellschaft bestimmen (hier Auwald).</p> <p>Die niedrig anzusetzende Bewertung der Waldfunktionen mit Annahme 1,0 wurde aufgrund der hier genannten Faktoren bereits bei der vor-Ort Begehung am 25.10.2023 zwischen den Vertretern des Forstamt Ankums, des Landkreises Emsland und der Baader Konzept GmbH fachlich abgestimmt und konnte im Rahmen der Prüfung aller Bewertungskriterien der Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG (2016) innerhalb des Erläuterungsberichts zu der forstrechtlichen Bilanzierung bestätigt werden.</p> <p>Den Anforderungen der Ersatzaufforstung gemäß den Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG (2016), Kapitel 2.2.1, wird entsprochen.</p> <p>Der Anregung wird daher nicht gefolgt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<p>für wildlebende Tiere der streng geschützten Arten bzw. der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten.</p> <p>Für alle besonders geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG) und streng geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG) Arten sind in der Planung Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen bzw. Störungen oder Schädigungen sowie Schutzmaßnahmen vorgesehen.</p> <p>Ergeben sich vor und während der Umsetzungsphasen Hinweise auf die Anwesenheit geschützter Arten (inkl. ihrer Entwicklungsstadien) und deren Brut und Lebensstätten, ist zwecks weiterer Vorgehensweise eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu suchen.</p> <p>Naturschutzfachliche Belange:</p> <p>Zu den naturschutzfachlichen Belangen wurde ein Umweltbericht erstellt. Den Aussagen des Umweltberichts kann aus naturschutzfachlicher Sicht grundsätzlich gefolgt werden.</p> <p>Die Bewertungen der in die Eingriffsbilanzierung eingestellten Biotoptypen sind jedoch deutlich zu niedrig angesetzt und entsprechen bei Weitem nicht den vorgegebenen Bewertungen des verwendeten Kompensationsmodells. In entsprechenden Erläuterungen wird darauf hingewiesen, dass die betroffenen Biotoptypen nach ihrer Freiräumung bewertet, d. h. bewusst niedrig bewertet wurden, da für die nach § 30 BNatSchG geschützten Biotopie ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung nach dem BNatSchG gestellt wurde und eine Kompensation im Zuge des Antrags erfolgen soll. Dem Kompensationsansatz kann grundsätzlich stattgegeben werden, wobei einer Kompensation im Verhältnis von lediglich 1 : 1 nicht zugestimmt wird.</p> <p>Nach § 30 BNatSchG gesetzl. geschützte Biotopie weisen i. d. R. Wertigkeiten der höchsten Wertstufe, hier der Wertstufe 5 auf. Eine Kompensation derartiger Biotopie gestaltet sich schwierig, da im Vorfeld nicht vorausgesagt werden kann, ob sich die neu geschaffenen Biotopie auch tatsächlich zu nach § 30 BNatSchG geschützten Biotopen entwickeln und die entsprechenden Wertigkeiten erlangen. Der Kompensationsansatz muss daher weit über einem Kompensationsverhältnis von 1 : 1 liegen. Zur fach- und sachgerechten Kompensation wird ein Kompensationsverhältnis von 1 : 1,5 gefordert.</p> <p>Offene Grundflächen, die eine wassergebundene Befestigung, hier Schotter erhalten, sind als Teilversiegelung zu bewerten, da die wassergebundenen Befestigungen derart stark verdichtet werden, dass eine Versickerung von Oberflächenwasser nur noch sehr eingeschränkt stattfinden kann. Eine</p>		<p>Die nebenstehenden Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Hinweis zur Umsetzungsphase wird zur Berücksichtigung in der Genehmigungs- und Ausführungsplanung an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet.</p> <p>Die Kompensation von geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG erfolgt in der Regel in einem Verhältnis von 1:2 (s. Erläuterungsbericht zum Kompensationskonzept, Kapitel 4.2).</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Funktion als Lebensraum für Tierarten und Standort für Pflanzenarten kann derartigen Flächen nur bedingt oder gar nicht zugesprochen werden. Eine starke Verdichtung ist in diesen Fällen umso erforderlicher, da die Wege und Freiflächen von Schwerlastfahrzeugen (Kräne etc.) befahren werden. Daher ist davon auszugehen, dass neben der baubedingten Verdichtung auch das regelmäßige Befahren zu einer Erhöhung des Versiegelungsgrades führen wird. Wege und Freiflächen, die eine Befestigung mit wasser gebundenen Materialien erhalten, sind mit dem Wertfaktor von mind. 0,5 zu bewerten und bedürfen folgerichtig einer Kompensation von 50%.</p> <p>Brandschutz Gegen das vorgenannte Bauvorhaben gemäß Zeichnung und Beschreibung bestehen in brandschutztechnischer Hinsicht keine Bedenken, wenn Folgendes beachtet wird:</p> <ul style="list-style-type: none"> Für das geplante Vorhaben ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass ein Löschwasserbedarf von 800 l/min. (48 m³/h) vorhanden ist. Der Löschbereich umfasst i. d. R. alle Löschwasserentnahmemöglichkeiten in einem Umkreis von 300 m. Dabei sind in einem Umkreis von 150 m mindestens 50 % der Löschwasserversorgung sicherzustellen, die restlichen 50 % sind dann in einem Radius von 300 m um die baulichen Anlagen sicherzustellen. Als Löszeit werden 2 Stunden angesetzt. Für den Fall, dass Löschwasser über das Rohrnetz der öffentlichen Trinkwasserversorgung bezogen wird, dient das DVGW-Arbeitsblatt W 405 (Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V.) als planerische Grundlage. Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Anlagen so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Anlagen gelangen können. 	<p>Dem Hinweis zu den Kranstellflächen und Zuwegungen wird gefolgt und für die Teilversiegelung ein Wert von 0,5 in der Bilanzierung berücksichtigt.</p> <p>Brandschutz Die Hinweise werden an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und sind im Rahmen der Genehmigungsplanung zu berücksichtigen.</p>
<p>Landwirtschaftskammer Niedersachsen Bezirksstelle Emsland Außenstelle Aschendorf-Hümmling Dr.-Horstmann-Straße 7 26871 Aschendorf</p>	
<p>zu dem o. g. Vorhaben nehmen wir wie folgt Stellung: Die Stadt Papenburg plant mit der 124. Änderung des Flächennutzungsplanes „Windpark Südlich Johann-Bunte-Straße“ die Ausweisung von Sonder-</p>	

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>gebieten mit der Zweckbestimmung „Windenergie“ innerhalb des Geltungsbereiches des bestehenden Bebauungsplanes Nr. 145/A „Prüfgebiete Teilplan A“.</p> <p>Aufgrund der vorgelegten Unterlagen bestehen gegen das o. g. Vorhaben aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.</p> <p>Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum o. g. Vorhaben wie folgt: Bei den oben genannten Baumaßnahmen ist nach dem Planvorhaben direkt Wald im Sinne des § 2 NWaldLG in der neusten Fassung vom 17.05.2022 betroffen. Wir schließen uns dem forstlichen Gutachten an und empfehlen, die überplante Waldfläche mindestens im Verhältnis 1:1 in möglichst unmittelbarem Einzugsbereich auszugleichen. Die genannten Kompensationsflächen scheinen uns geeignet zu sein. Bei Ersatz- und Ausgleichsflächen (Ersatzaufforstungen) sollte das Forstamt Weser- Ems beratend hinzugezogen werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und sind im Rahmen der Genehmigungs- und Ausführungsplanung zu berücksichtigen.</p>
<p>Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Postfach 51 01 3 30631 Hannover</p>	
<p>in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p>Hinweise Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS® Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>Sofern Hinweise zu Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträgen für Sie relevant sind, beachten Sie bitte unser Schreiben vom 04.03.2024 (unser Zeichen: LID.4-L67214-07-2024- 0001).</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p>	<p>Die Hinweise werden an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und sind im Rahmen der Genehmigungs- und Ausführungsplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Die Hinweise sind für vorliegende Planung nicht relevant.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege Abteilung Archäologie- Abteilung Archäologie – Stützpunkt Oldenburg Ofener Straße 15 26121 Oldenburg</p>	
<p>Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu den Planungen folgende Bedenken oder Anregungen vorgetragen:</p> <p>Aus dem Plangebiet sind nach unserem derzeitigen Kenntnisstand keine archäologischen Fundstellen bekannt. Da die Mehrzahl archäologischer Fundplätze jedoch obertägig nicht sichtbar sind, können sie auch nie ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden ist bereits in den Antragsunterlagen enthalten. Dieser sollte jedoch wie unten ergänzt und auch unbedingt beachtet werden: Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche sowie mittelalterliche oder frühneuzeitliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege- Abteilung Archäologie- Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel. 0441 205766-15 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig sind die Finder, die Leiter der Arbeiten oder die Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmal-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt und der Hinweis angepasst.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
schutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörden vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestatten.	
Landkreis Leer Bergmannstraße 37 26789 Leer	
<p>die Stadt Papenburg beabsichtigt, die Errichtung eines Windparks auf dem Prüfgelände der ATP Automotive Testing Papenburg GmbH im Osten des Stadtgebietes planungsrechtlich zu ermöglichen. Zu diesem Zweck werden die 124. FNP-Änderung sowie die 1. Änderung des B-Plans Nr. 145 aufgestellt.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch hat die Gemeinde bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Zu den o. a. Bauleitplanungen nehme ich daher- ohne dem von Ihnen vorzunehmenden Abwägungsprozess vorzugreifen -für die einzelnen von mir zu vertretenden Fachbereiche in dieser zusammengefassten Stellungnahme wie folgt Stellung:</p> <p>Aus raumordnerischer und planungsrechtlicher Sicht nehme ich wie folgt Stellung:</p> <p>Ziel des o.g. Bauleitplanverfahrens ist die Errichtung eines Windparks auf dem Prüfgelände der ATP Automotive Testing Papenburg GmbH. Insgesamt sollen 20 Windenergieanlagen errichtet werden. Die Anlagen der Teststrecke sollen dabei soweit berücksichtigt werden, dass hier weiterhin ein entsprechender Betrieb möglich ist. Von der Planung sind die Stadt Papenburg sowie die Gemeinde Surwold (Samtgemeinde Nordhümmling) räumlich betroffen. Zur planungsrechtlichen Absicherung ist hier jeweils eine Anpassung der Bauleitplanung erforderlich. Da die Planungen analog aufgestellt werden und gleichartige Belange des Landkreises Leer betroffen sind, erfolgt eine gemeinsame Bewertung:</p> <p>Wie bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung ausgeführt, bestehen gegenüber der Realisierung von Windenergieanlagen innerhalb eines Eignungsgebiets Windenergienutzung des RROP Landkreis Emsland keine</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>grundsätzlichen Bedenken. Vom Landkreis Leer zu vertretende raumordnerische Belange werden durch die Planung nicht abwägungserheblich berührt. Durch die nun erfolgte Vorlage des Umweltberichtes werden zudem die gesetzlichen Anforderungen an eine Umweltprüfung gemäß den Bestimmungen des Baugesetzbuches erfüllt.</p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen werden aus naturschutzfachlicher Sicht folgende Anregungen und Hinweise vorgetragen:</p> <p>Nach Angaben der Stadt Papenburg erfolgt die Bemessung der Ersatzzahlung für Windenergieanlagen nach der Arbeitshilfe des Niedersächsischen Landkreistag (NLT, Januar 2018). Die verwendete Arbeitshilfe weist darauf hin, dass entsprechende Bewertungen des Landschaftsbildes eines Landschaftsrahmen- oder Landschaftsplanes zu berücksichtigen sind (gemäß Ausführungen unter Punkt II der Arbeitshilfe).</p> <p>Eine Bewertung des Landschaftsbildes durch den Landschaftsrahmenplan (LRP) des Landkreises Leer liegt vor (s. Landkreis Leer (2021): Landschaftsrahmenplan, Neuaufstellung 2021. Auftraggeber: Amt für Planung und Naturschutz). Diese Landschaftsbildbewertung wird jedoch in den Antragsunterlagen nicht berücksichtigt. Zur Nichtberücksichtigung erläutert die Stadt Papenburg unter Punkt 3.8 "Schutzgut Landschaft" des Umweltberichtes, dass auf eine Berücksichtigung des Landschaftsbildes gem. LRP für den Landkreis Leer verzichtet wird, da für den Landkreis Emsland keine Landschaftsbildbewertung vorliegt.</p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht widerspricht die Nichtberücksichtigung der Landschaftsbildbewertung des LRP den Vorgaben der Arbeitshilfe. Die Landschaftsbildbewertung des LRP ist in die Unterlagen einzustellen und die Auswirkungen der Planung sind zu bewerten. Einzelne Abweichungen zu den Einschätzungen der Bewertung des Landschaftsbildes im LRP sind konkret zu begründen. Die Unterlagen sind somit zu ergänzen. Die Unterlagen zum Landschaftsrahmenplan sind online abrufbar unter https://www.landkreis-leer.de/Themen/Bauen-Umwelt/Natur-Arten-schutz/Landschaftsrahmenplan/.</p> <p>Ich weise vorsorglich darauf hin, dass die Erfassung und die Bewertung des Landschaftsbildes des o.g. LRP auf Erhebungen eines Landschaftsbildgutachtens (Planungsgruppe Ökologie und Umwelt Nord GmbH (2013): Landschaftsbildgutachten 2013 im Auftrag des Landkreises Leer. Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt. Amt für Planung und Naturschutz) sowie nach Köhler & Preiß (Köhler, B. & Preiß, A. (2000): Erfassung und Bewertung</p>	<p>Der Anregung wird dahingehend gefolgt, dass die Bewertung des Landschaftsbildes im Landschaftsrahmenplan des Landkreises Leer im Umweltbericht berücksichtigt wird. Für die betroffenen Flächen innerhalb des Landkreises Leer wird die Bewertung aus dem LRP der Bewertung der Erheblichkeit von Auswirkungen durch die Planung und Ermittlung des voraussichtlichen Kompensationsbedarfes zugrunde gelegt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>des Landschaftsbildes. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Heft 1/2000) beruhen, wobei zu beachten ist, dass die Landschaftsbildbewertung des LRP am 20. und 21. März 2019 vor Ort nochmals überprüft wurde.</p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht ist die starke Abweichung zwischen der Bewertung des Landschaftsbildes im Umweltbericht der Samtgemeinde Nordhümmling und der Landschaftsbildbewertung des LRP für Flächen innerhalb des Landkreises Leer nicht nachvollziehbar. Dieser Widerspruch ist durch die Stadt Papenburg hinreichend und nachvollziehbar zu erläutern bzw. die Bewertung des Landschaftsbildes ist zu korrigieren.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Landschaftsbildbewertung ist kein objektives Verfahren, es hängt vielfach auch von der subjektiven Eindrücken des Gutachters ab und wie dieser diese unter Berücksichtigung von Methodenhinweisen einschätzt. Nach erneuter Rücksprache mit dem kartierenden Büro bleiben die Gutachter bei ihrer ursprünglichen Bewertung für die Flächen im LK Emsland. Die Stadt Papenburg sieht keine Veranlassung, der gutachterliche Einschätzung nicht folgen zu können bzw. die Planung aufgrund dieser Einschätzung nicht fortführen zu können.</p>
<p>Nabu Emsland/Grafschaft Bentheim Haselünner Straße 15 49716 Meppen</p>	
<p>mit Bezug auf die öffentliche Bekanntmachung 28.6.2024 gibt der NABU-Regionalverband Emsland / Grafschaft Bentheim e.V. sowohl im eigenen Namen als auch im Namen des NABU-Landesverbandes Niedersachsen folgende Stellungnahme ab.</p> <p>Der NABU-Regionalverband wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Gerhard Busmann. Der NABU-Landesverband Niedersachsen wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Holger Buschmann.</p> <p>Der NABU hat vor allem folgende Bedenken, Anregungen und Hinweise aufgrund der ausgelegten Unterlagen.</p> <p>1. Zum Fledermausgutachten</p> <p>Das Fledermausgutachten ist im Hinblick auf die Datenerfassung und die Datenauswertung unzureichend und fehlerhaft. Das Gutachten ist daher nicht hinreichend, um als Grundlage für die Beurteilung der Auswirkungen des geplanten Windparks und die Formulierung geeigneter Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen zu dienen. Insbesondere folgende Mängel liegen vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Erfassungsdaten stammen laut Angaben auf S. 11 aus zwei Jahren. Daten aus April und der ersten Hälfte des Monats Mai, also 	<p>Zum Fledermausgutachten</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Rahmen von Windparkplanungen ist es nicht zwingend erforderlich, bereits im Vorfeld Fledermausgutachten durchführen zu lassen, wenn Vorhabenträger mit der Festlegung sehr umfänglicher pauschaler Abschaltzeiten von März bis November eines Jahres einverstanden sind. Im Rahmen von Genehmigungen kann dem Vorhabenträger die Möglichkeit eingeräumt werden, diese umfänglichen Abschaltzeiten weiter zu reduzieren, wenn er über ein Gondelmonitoring (Erfassung von Fledermäusen mittels Mikrofon unter der Gondel einer WEA) den Nachweis erbringen kann, dass zeitweise</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>dem Zeitraum, in dem mit den meisten Flugbewegungen während des Frühjahrszug zu rechnen ist, liegen gar nicht / nur teilweise vor. Diesbezügliche Aussagen sind daher nicht möglich.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dem Gutachten ist nicht zu entnehmen, dass eine gezielte Suche nach Quartieren erfolgt ist. Vielmehr wurden laut Angaben auf S. 11 nur Erfassungen von Balz- und Paarungsquartieren im Rahmen der aufgeführten Detektorbegehungen vorgenommen. Diese wurde vermutlich lediglich an festgelegten Transekten (Straßen und Wegen) durchgeführt. Quartiere wurden angeblich nicht festgestellt. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die WEA-Standorte im Wald und die damit verbundene Beseitigung von Gehölzbeständen unzureichend. Weiterhin ist damit zu rechnen, dass im Rahmen des Transportes der Bauteile wegebegleitende Gehölzbestände gefällt werden müssen. Deshalb hätte auch eine gezielte Quartiersuche (mit Methoden wie Einsatz von Wärmebildkameras, Vornahme von Netzfängen und Besenderungen) erfolgen müssen. • Die Standorte der Horchboxen und Dauererfassungsgeräte wurden nicht so gewählt, dass hinreichende Aussagen zu den Fledermausaktivitäten an den nun geplanten WEA-Standorten möglich sind. Insbesondere die Südspitze und der Westrand des Plangebietes wurden nicht ausreichend erfasst. • Einige Horchboxen (Standorte 1, 4 8 und 17) sind streckenweise ausgefallen. Besonders kritisch ist dies bei dem Standort 17, da dort eh nur an 6 Terminen erfasst wurde. Die Datenlage ist dort dementsprechend unzureichend. • Laut der Auswertung haben die Horchboxen 1, 2, 3, 5, 6, 8, 11, 12,13, 14, 15 die Weißrandfledermaus (<i>P. kuhlii</i>) erfasst. Dies ist sehr bemerkenswert, da die Art bisher noch nicht im Emsland nachgewiesen wurde und nach den bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen lediglich in Süddeutschland vorkommt. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Auswertungsergebnis erfolgt an keiner Stelle des Gutachtens. Ebenso wird auf diese Art weder in diesem Gutachten noch in der saP eingegangen. • Sehr bemerkenswert sind auch die erfassten Rufsequenzen der Mopsfledermaus an den Standorten 1, 2, 4, 5 und 6. Dem NABU 	<p>keine hohen Fledermausaktivitäten zu verzeichnen sind und Abschaltungen in diesen Zeiten daher nicht notwendig bzw. nur zu gewissen Bedingungen oder für weniger Stunden notwendig sind.</p> <p>Auch ist es im Rahmen konkreter Planungen möglich, z.B. vor Beginn von Bauarbeiten und evtl. Baumrodungen etc. dies tatsächlich von Rodung betroffenen Gehölzbestände nochmals explizit und intensiv auf Vorkommen möglicher Quartiere zu überprüfen. Sollten diese dann vorliegen (zwischen Untersuchung und Baubeginn vergehen meist auch mehrere Jahre), sind weitere Maßnahmen mit der Genehmigungsbehörde und der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Dies kann z.B. eine Verschiebung von Zufahrten zu einer WEA sein, um ein Quartier zu erhalten, oder der Verschluss von Baumhöhlen, wenn grade keine Tiere anwesend sind und Wiederaufstellen des Baumstammes bzw. Aufhängen des Stammstückes mit einer Höhle, die als Quartier dient, in angrenzenden Gehölzen (Verlagerung Baumhöhle) usw..</p> <p>Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände lassen sich somit auf der Ebene der konkreten Genehmigungsplanung ausreichend berücksichtigen und stellen auf der Ebene der Bauleitplanung daher kein unüberwindbares Planungshindernis dar.</p> <p>Auch ist es die Genehmigungsebene, auf der die konkreten Abschaltzeiten und sonstige ggf. erforderliche Vermeidungsmaßnahmen festzulegen sind. Inwiefern das Gutachten ausreichend ist, muss daher durch die Genehmigungsbehörde in Rücksprache mit der Naturschutzbehörde entschieden werden, die nötigenfalls Nachforderungen stellt oder ggf. umfängliche vorsorgliche Vermeidungsmaßnahmen festlegt für Bereiche, in denen die Datenlagen nicht ausreichen, um Beeinträchtigungen sicher zu vermeiden.</p> <p>Die Weißrandfledermaus gehört gem. Nds. Artenschutzleitfaden nicht zu den kollisionsgefährdeten Arten.</p> <p>Die Mopsfledermaus gehört gem. Windenergieerlass je nach lokalem Vorkommen/Verbreitung zu den kollisionsgefährdeten Arten. Dies trifft insbesondere bei Windenergieplanungen in Waldflächen zu, da die Art sehr waldbunden ist.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>sind bisher keine Vorkommen im nördlichen Emsland bekannt. Insofern sind die Feststellungen sensationell. Wie in dem Gutachten richtig dargestellt ist die Mopsfledermaus auf der Roten Liste als „stark gefährdet“ (RL 2) eingestuft. Ebenso richtig wird im Fledermausgutachten dargelegt, dass die Mopsfledermaus je nach lokaler Verbreitung / lokalem Vorkommen kollisionsgefährdet ist. Vor dem Hintergrund des hohen Gefährdungsstatus und der Tatsache, dass die Erfassung am Rand des Verbreitungsgebietes der Art erfolgt ist, wäre eine intensive Auseinandersetzung mit den Daten und genauere Untersuchungen erforderlich gewesen. Das ist jedoch nicht erfolgt. Außerdem bleibt völlig unberücksichtigt, dass es sich bei der Mopsfledermaus um eine typische Waldart handelt, die durch die erforderlichen Gehölzrodungen mit Quartierverlusten betroffen sein könnte. Vor dem Hintergrund wäre in besonderer Weise eine gezielte Quartiersuche mit Netzfängen und Besenderungen von Tieren erforderlich gewesen. Dies ist aber offensichtlich nicht erfolgt (s. o.).</p> <ul style="list-style-type: none"> Bemerkenswert ist weiterhin das Vorkommen der Zweifarbfledermaus an Standort 6 (s. S. 73). Diese Art wurde bisher nur vereinzelt im Emsland festgestellt. Allerdings sind die Ortungsrufe dieser Art nur sehr schwer zu bestimmen, sodass sich die Frage stellt, wie dies im vorliegenden Fall zweifelsfrei gelungen ist. <p>2. Zum Avifaunistischen Gutachten Die Angaben im Avifaunistischen Gutachten sind unvollständig.</p> <ul style="list-style-type: none"> So wird beispielsweise auf S. 13 (Tab. 5) und S. 24 die Bekassine als potentieller Brutvogel genannt. Es fehlt jedoch eine Angabe, wo die Art festgestellt wurde. Da es sich bei der Bekassine um eine vom Aussterben bedrohte Art handelt, bei der laut Niedersächsischem Artenschutzleitfaden das Tötungs- und das Störungsverbot einschlägig sind, sind genauere Angaben zum Abstand zu den geplanten WEA erforderlich. Hinzu kommt, dass dem NABU aus eigenen Erfassungen Daten aus 2024 vorliegen, wonach die Bekassine als Brutzeitfeststellung sowohl westlich des Testgeländes als auch östlich des Testgeländes Richtung Bunzelmeer festgestellt wurde. Insofern kann eine erhebliche Betroffenheit der Art keinesfalls pauschal ausgeschlossen werden. 	<p>Papenburg ist nach Einschätzung von Gutachtern weit abseits der Verbreitung der Mopsfledermaus. Im südlichen Emsland und Münsterland gibt es eine Population mit geschätzt ca. 200 Individuen (mdl. Mitteilung des Fledermausgutachters Axel Donning, 05.09.2024).</p> <p>Nach einer Arbeitshilfe des Landesamtes für Umwelt Rheinland-Pfalz ist die Mopsfledermaus außerhalb von Wald im Regelfall nicht zu den höhenaktiven und besonders kollisionsgefährdeten Fledermausarten gegenüber WEA zu zählen. Die Baufenster im Plangebiet der Stadt Papenburg liegen nicht innerhalb von Waldflächen. Daher wird sie im vorliegenden Fall nicht als erhöht kollisionsgefährdete Art angesehen.</p> <p>Unabhängig davon ist es für die Mopsfledermaus, die hier ggf. am Rande ihres Verbreitungsgebietes ein Vorkommen hat, möglich, Vermeidungsmaßnahmen durch Abschaltungen auf der Ebenen der konkreten Genehmigungsplanung festzulegen, so dass es zu keinen Beeinträchtigungen kommt. In einer Arbeitshilfe des Landesamtes für Umwelt Rheinland-Pfalz zu Mopsfledermaus ist für die Art beschrieben, welche Maßnahmen bei Vorkommen z.B. von Weibchenquartieren und dazugehörigen Nahrungsgebieten usw. zur Vermeidung ergriffen werden können. Quartiere wurden im Rahmen der Fledermausuntersuchungen jedoch nicht festgestellt. Auch dies spricht nach Ansicht der Stadt gegen das Vorliegen einer erhöhten Kollisionsgefährdung und eines unüberwindbaren Planungshindernisses.</p> <p>Zum Avifaunistischen Gutachten Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Bekassine wurde im Umweltbericht als ebenfalls von der Planung betroffene Vogelart benannt. Dass der genaue Nistplatz im Kartierjahr nicht dargestellt ist und daher keine konkrete Aussage zur Betroffenheit möglich war, ist angesichts der Tatsache, dass die Wiesenlimikolen ihren Nistplatz</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> • Des Weiteren wurde laut Angabe auf S. 36 ein Revier des Rotschenkels im Untersuchungsgebiet kartiert. Der erfasste Rotschenkel wurde nicht in der Karte (Abb. 6) dargestellt. Dem NABU liegen für den Bereich westlich des Testgeländes Daten aus 2024 vor, wonach Brutzeitfeststellungen und -verdachte für 8 Paare vorliegen. Danach ist unter Berücksichtigung der derzeitigen Bestandsituation des Rotschenkels im Emsland von einem Rotschenkel-Dichtezentrum auszugehen. • Des Weiteren sind dem Gutachten keine Aussagen zur Sumpfohreule zu entnehmen. Dem NABU ist eine Brutzeitfeststellung aus 2024 östlich der Teststrecke (Richtung Bunzelmeer) bekannt. Es ist davon auszugehen, dass diese Fläche insbesondere auch in sog. „Einflugjahren“ mit großer Mausepopulation als Brutplatz genutzt wird. Die Sumpfohreule ist kollisionsgefährdet. In Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG wird der Nahbereich mit 500 m, der zentrale Prüfbereich mit 1.000 und der erweiterte Prüfbereich mit 2.500 m angegeben. Vor dem Hintergrund sind Auswirkungen auf EU-Vogelschutzgebiet „Esterweger Dose“ mit seiner Sumpfohreulenpopulation nicht ausgeschlossen. Denn es ist davon auszugehen, dass die Eulen, die die Flächen am Testfeld nutzen, eine lokale Population mit den Individuen des VSG bilden. Und im VSG ist die Sumpfohreule eine wertbestimmende Art. 	<p>von Jahr zu Jahr wechseln als nicht erheblich anzusehen. Es wird davon ausgegangen, dass in den Lebensräumen um die Sonderbauflächen bzw. außerhalb der Teststrecke, in denen auch die anderen Wiesenvögel in ausreichendem Abstand angetroffen wurden, auch nach Realisierung der Planung weiterhin Nistmöglichkeiten auch für die Bekassine bestehen, da sie weitgehend dieselben Lebensraumansprüche hat wie Rotschenkel, Brachvogel etc.. Daher ist nach Ansicht der Stadt nicht davon auszugehen, dass dieser Art durch die Planung Lebensraum verloren geht.</p> <p>Für den Rotschenkel gelten die Aussagen zur Bekassine sinngemäß.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Berücksichtigung von Arten bei Planungen sind Brutzeitfeststellungen nicht ausreichend. Wie ausgeführt, gehört die Sumpfohreule nicht zum jährlichen Brutbestand außerhalb der ostfriesischen Inseln, weshalb es möglich ist, dass die bei den Kartierungen nicht auftrat. In sog. Gradationsjahren, in denen es zu einer Massenvermehrung von Feldmäusen kommt, sind weitere Ansiedelungen und Bruten der Art auch auf dem Festland nicht ausgeschlossen. Krüger (2019) weist darauf hin, dass die Wühlmausgradationen regional unterschiedlich stark ausgebildet und davon abhängig auch das Brutvorkommen der hochgradig nomadischen Sumpfohreule in solchen Jahren ist, die mit weit reichenden Brutumsiedlungen darauf reagiert. Eine gewisse Habitatbindung ist dabei vorhanden, jedoch keine Brutplatztreue.</p> <p>Zum Kollisionsrisiko der Sumpfohreule gibt es kaum Informationen. In der Schlagopferkartei (Dürr 2023) finden sich derzeit fünf Schlagopfer, von denen zumindest eins in der Brutzeit gefunden wurde (14.05.2023). Die Gefährdungseinstufung der Sumpfohreule durch WEA ist zurzeit eine Annahme, die sich auf das Flugverhalten der Sumpfohreule zur Brutzeit gründet. So sind sowohl Balzflüge als auch aggressive Revierverteidigungen gegenüber Artgenossen, Rabenkrähen oder Greifvögeln bekannt, die in größeren Höhen stattfinden (Glutz von Blotzheim & Bauer 1994). Diese</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>3. Zur saP</p> <p>Die saP ist in hohem Maße lücken- und fehlerhaft. Sie ist daher nicht geeignet als Grundlage für die vorliegenden Bauleitpläne zu dienen. Insbesondere folgende Mängel sind zu nennen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die saP (S. 1) bezieht sich auf Anlagen mit einer Höhenbegrenzung (max. 250 m). Eine Höhenbegrenzung sieht der B-Plan aber gar nicht vor. • Die saP bezieht sich laut Angabe auf S. 1 außerdem nur auf sieben Baufenster, während die Bauleitpläne 13 Baufenster für Windenergieanlagen vorsehen. Sofern es sich bei dieser Angabe nicht nur um einen redaktionellen Fehler handelt, stellt sich die Frage, auf welche 7 der 13 Baufenster sich die saP bezieht. Inhaltlich ist die Begrenzung der saP auf einen Teil der Anlagen völlig unzureichend und ggf. zu korrigieren. • Auf den Seiten 8 bis 10 der saP werden verschiedene Vermeidungsmaßnahmen aufgeführt. Diese sind alle zwingend erforderlich, jedoch noch nicht hinreichend. • So wird als fünfter Punkt auf S. 8 die Aufstellung von mobilen Amphibienleiteinrichtungen für den Moorfrosch vorgesehen. Diese Maßnahme ist nicht nur für die Moorfrosch, sondern für alle Amphibienarten erforderlich. Dementsprechend ist die Maßnahme auch 	<p>Flüge sind insbesondere im Nahbereich des Neststandortes zu erwarten. Da die Art nicht zum festen und regelmäßigen Brutbestand gehört, wird von keinem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko ausgegangen, dass der Errichtung von WEA in der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Windenergiefläche entgegensteht.</p> <p>Auswirkungen auf das Vogelschutzgebiet sind ebenfalls nicht ersichtlich. Als wesentlicher Gefährdungsfaktor sieht Krüger (2019) hinsichtlich der Populationsrelevanz mahd- und prädationsbedingte Verluste. „Die einzelne geschützte Brut hat dabei selbstredend keinen oder nur einen marginalen populationsstützenden Effekt, die Summe der über ein Programm geschützten Bruten dagegen sehr wohl.“ (Krüger 2019). Ohne derartige Programme (Prädationsschutz, Gelegeschutz vor Mahd) ist gleichwohl der Schutz in der normalen Kulturlandschaft nicht möglich. Laut Krüger sollten die hiesige Schutzbemühungen prioritär in Sicherung, Erhalt und Wiederherstellung feuchter naturnaher Grünländer sowie natürlicher Moor- und Inselflebensräume (und damit außerhalb von Windenergiegebieten) liegen. Aufgrund der obigen Ausführungen sieht die Stadt sich nicht veranlasst auf die Planung zu verzichten.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen, die Ansicht, die saP sei als Grundlage für die vorliegende Bebauungsplanung nicht geeignet wird nicht geteilt.</p> <p>Die saP bezieht sich zu Beurteilung auf eine bestimmte Anlagenhöhe, die sich an der tatsächlich geplanten WEA orientiert, da diese Planungen bekannt sind und parallel zur Bauleitplanung bereits ein Antrag nach BImSchG beim Landkreis eingereicht wurde.</p> <p>Hierbei handelt es sich um einen redaktionellen Fehler, es müsste 13 WEA heißen. Es wurden jedoch alle 13 WEA im Plangebiet in die Betrachtung einbezogen. Die saP wird zur Endfassung entsprechend angepasst.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>zeitlich nicht nur während des Wanderzeitraums des Moorfroschs durchzuführen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Insbesondere auch aufgrund der vorgenannten Mängel des Fledermausgutachtens (s. o.) sind die vorgesehenen Abschaltzeiten für Fledermäuse auf S. 9 unzureichend. Auf jeden Fall ist wegen des Vorkommens beider Abendseglerarten und der Rauhaufledermaus eine Abschaltung aller Anlagen bis 7,5 m/sec Windgeschwindigkeit erforderlich. Darüber hinaus ist zur Einhaltung der Signifikanzschwelle von <1 Tier / WEA im ersten Betriebsjahr eine Abschaltung vom 15.03. bis 15.11. von eine Stunde vor Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang bei Temperaturen über 10°C erforderlich (s. BfN-Script 682, Fachempfehlung einer bundesweiten Signifikanzschwelle, S. 64) • Sofern die Abschaltzeiten aus betriebswirtschaftlichen Gründen reduziert werden sollen, muss das vorbereitende Fledermaus-Monitoring in mindestens zwei Jahren (bei unterschiedlichen Witterungsbedingungen ggf. auch drei Jahre) vom 1.3. bis 30.11. erfolgen (s. BfN-Script 682, S. 64). Dabei ist zusätzlich zum Gondelmikrofon ein zweites Turmmikrofon zum Einsatz zu bringen, um auch die Fledermausarten (z. B. Rauhaut- und Zwergfledermaus) angemessen zu erfassen, die sich eher im unteren Rotorbereich bewegen. • In der saP (S. 11) wird fälschlich (und entgegen den richtigen Darstellungen im Fledermausgutachten) davon ausgegangen, dass für die Mopsfledermaus keine Kollisionsgefährdung besteht. Dies ist nicht sachgerecht, vielmehr ist eine genauere Prüfung aufgrund der vorliegenden Daten erforderlich. • Auf S. 11 wird behauptet, dass aufgrund der Biotopausstattung abgesehen von den Fledermäusen keine weiteren geschützten Säugetierarten zu erwarten sind. Diese Darstellung ist falsch. Es befin- 	<p>In der saP werden die Verbotstatbestände nur für die in Anhang IV der FFH-Richtlinie aufgeführten Arten und alle Vogelarten abgeprüft und erwähnt. Die Maßnahme entfaltet ihre Wirkung aber auch auf alle anderen Amphibien, die nicht in Anhang IV FFH-RL enthalten sind.</p> <p>Die konkrete Festlegung von Abschaltzeiten ist dem Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz vorbehalten. Die Grundsätzliche Möglichkeit der Ausweisung von Sonderbauflächen und Baufenstern für Windenergie ist durch angebliche Mängel im Fledermausgutachten nicht beeinträchtigt, da ausreichende Vermeidung prinzipiell möglich ist (s. o.).</p> <p>In der saP werden zudem keine Vermeidungsmaßnahmen festgelegt, sondern nur mögliche Vermeidungsmaßnahmen gem. Artenschutzleitfaden aufgeführt. Dabei wird auch auf ggf. erforderliche Abschaltungen bei höheren Windgeschwindigkeiten für Abendsegler und Rauhaufledermäuse hingewiesen.</p> <p>Die Modalitäten des Monitorings werden von der Genehmigungsbehörde zusammen mit der Naturschutzbehörde festgelegt.</p> <p>Siehe hierzu die Ausführungen zur Mopsfledermaus weiter oben.</p> <p>Es ist nicht ersichtlich, in welcher Weise der Fischotter als potenziell vorkommende Art von der Planung negativ betroffen sein kann. Die Errichtung von WEA ist innerhalb des mit Zäunen abgesperrten Testgeländes geplant, dass dem Otter aller Voraussicht nach aufgrund der Absperrung nicht als</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>den sich verschiedene Oberflächengewässer in dem Planungsbe- reich. Ein Vorkommen des Fischotters kann aufgrund der weitrei- chenden Verbreitung im Emsland und seiner weiten Wanderungen nicht pauschal ausgeschlossen werden. Insofern ist zu prüfen, in- wieweit es zu erheblichen Beeinträchtigungen dieser Art kommen kann.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Für die Bekassine wird in Tab. 6 (S. 17) kein Abstand des Vorkom- mens zu der nächstgelegenen WEA angegeben. Laut Fußnote 1 wurde die Art ohne Entfernungsangabe kartiert. Entweder ist die Kartierung zu wiederholen, um eine genauere Einschätzung der Beeinträchtigungsintensität vornehmen zu können oder es ist Rah- men eines „Worst-Case-Szenarios“ von einem Vorkommen im 500 m Radius und damit von einer erheblichen Beeinträchtigung aus- zugehen, der mittels geeigneter Vermeidungs- und/oder CEF- Maßnahmen zu begegnen ist • Die Berücksichtigung der Betroffenheit der Lachmöwe in der saP ist völlig unzureichend. Zum einen fehlt in Tab. 6 die Angabe des kürzesten Abstands von 325 m der festgestellten Brutkolonie zur nächstgelegenen WEA (s. S. 23) und die Angabe der Prüfradien, nämlich 1.000/3.000 m gemäß Niedersächsischem Artenschutzleit- faden. Auch im Rahmen der weiteren Betrachtung (S. 23 f.) ist die Berücksichtigung des hohen Kollisionsrisikos unzureichend. Be- gründet wird dies damit, dass die Liste der kollisionsgefährdeten Brutvogelarten im Bundesnaturschutzgesetz abschließend sei. Un- berücksichtigt bleibt dabei jedoch, dass sich diese Liste ausdrück- lich nicht auf „Ansammlungen“ wie Brutkolonien bezieht (so aus- drücklich auch in der saP selbst auf S. 14). Insofern ist im Hinblick auf die kollisionsgefährdete Lachmöwe bei einer Entfernung der Brutkolonie von lediglich 325 m und einer Individuenanzahl von 70 bis 100 Tieren durchaus von einer signifikanten Erhöhung des Tö- tungsrisikos auszugehen. Dementsprechend sind zwingend geeig- nete Vermeidungs- und / oder CEF-Maßnahmen zu ergreifen. Dies ist jedoch bisher nicht vorgesehen. 	<p>Lebensraum zur Verfügung steht. Eine weiträumige Meidung von bzw. Ver- drängungswirkung durch Windparks durch die Art ist nicht bekannt.</p> <p>Siehe hierzu die Ausführungen zu Bekassine weiter oben.</p> <p>Hierbei handelt es sich um einen redaktionellen Fehler. Tab. 6 wird redak- tionell ergänzt. Der „Artsteckbrief“ der Lachmöwe enthält die Angabe des Abstandes der kartierten Kolonie zum nächsten Baufenster.</p> <p>Bei Untersuchungen von BioConsult-SH & ARSU (2010) auf Fehmarn 2009 konnten keine rastenden Sturm- oder Lachmöwen im Umkreis bis 100 m um WEA festgestellt werden. Auch ältere Untersuchungen deuten auf eine Meidung des 100 m-Radius um größere Trupps von Lachmöwen hin (Bach et al., 1999). Lachmöwen gehören zu den Arten, die gem. Hötker (2006) zu größeren WEA wahrscheinlich auch einen größeren Abstand einhalten (s. Umweltbericht). Lachmöwen benötigen flache Gewässer zum Brüten. Der- artige Strukturen befinden sich in den westlich an den Geltungsbereich an- grenzenden Kompensationsflächen zur Ursprungsplanung (Bebauungs- plan Nr. 145 „Prüfgelände“).</p> <p>Es ist daher möglich, wenn auch nicht gesichert – was in ökologischen Fra- gen so gut wie nie der Fall ist -, dass die Kolonie ihren Brutstandort nach Errichtung des Windparks in einem größeren Abstand von diesem innerhalb der Kompensationsflächen (wiedervernässtes Moor westlich der Teststre- cke) wählt.</p> <p>Im Rahmen einer Windparkplanung (Repowering!, die Möwen hatten sich in unmittelbarer Nähe des Weinparks angesiedelt) hat der Landkreis Leer im Jahr 2021 als nachträgliche Nebenbestimmungen die Abschaltung von Bestandswindenergieanlagen im Abstand von 150 m um eine Lachmöwen- kolonie im Zeitraum März bis Ende Juni angeordnet, um das Risiko unter</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> • Auch die Beeinträchtigungen des Brachvogels sind unzureichend in der saP berücksichtigt. So befindet sich ein Brutplatz in nur 305 m Abstand nur nächstgelegenen WEA. Dieser Brutplatz wurde durch eigene Kartierungen des NABU in 2024 noch einmal bestätigt. Auf S. 19 f. wird behauptet, da Meidedistanzen nur bis 150 m reichen und störanfälligere Verhaltensweisen nur bis 200 m beeinträchtigt werden, komme es nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen. Diese Einschätzung ist falsch. Denn dabei bleibt unberücksichtigt, dass Brachvögel sehr große Reviere besitzen. Aufgrund der schlechten Eignung aufgrund immer weiter fortschreitender Intensivierung landwirtschaftlicher Flächen und dem allgemeinen Insektenrückgang liegen Reviergrößen im Emsland aktuell regelmäßig bei 80-90 ha. Durch das Meideverhalten im Umfeld einer WEA verlieren Brachvögel eine erhebliche Fläche an geeignetem Nahrungsraum. Selbst wenn man lediglich einen Meideabstand von 150 m annimmt, so kommt es allein durch eine einzige Anlage zu einem Nahrungsraumverlust von rd. 7 ha. Deshalb ist im vorliegenden Fall durchaus von einer erheblichen Beeinträchtigung des Brachvogels auszugehen. Eine entsprechende CEF-Maßnahme zur Stärkung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität des Lebensraums durch Schaffung von 10 ha Extensivgrünland mit Blänken in räumlich- funktionaler Nähe und auf geeigneten Flächen (störungsfrei und im Abstand von mind. 200 m zu Gehölzen und Gebäuden) ist daher zwingend erforderlich. 	<p>die Signifikanzschwelle zu senken. In dem Fall hatte sich eine Möwenkolonie ca. 90 m entfernt von einer ca. 100 m hohen WEA angesiedelt. Von einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko für die Art durch Errichtung von Windenergieanlagen ist nach Ansicht der Stadt in dem hier kartierte Abstand von 325 m daher nicht auszugehen. Zwar sind die geplanten Anlagen höher und haben somit auch größere Rotoren, der Abstand ist jedoch auch entsprechend höher.</p> <p>Angesichts der obigen Ausführungen hält die Stadt an ihrer Planung fest, da sie in der Feststellung der Möwenkolonie in über 300 m Abstand zum nächsten Baufenster kein dauerhaft unüberwindbares Planungshindernis erkennen kann.</p> <p>CEF-Maßnahmen sind in diesem Fall nicht angezeigt, da nicht von der Beeinträchtigung und Zerstörung einer Fortpflanzungsstätte auszugehen ist.</p> <p>Der Große Brachvogel wurde mit einer Brut im Bereich der Kompensationsflächen im Westen (wiedervernässte Bereiche) festgestellt und hier besonders im östlichen Bereich. Es handelt sich um einen nicht intensiv landwirtschaftlich genutzt Bereich, so dass davon ausgegangen wird, dass die Ausweichmöglichkeiten im Bereich der Kompensationsflächen gegeben und ausreichend sind, sofern es in Abständen von > 200 m zu Verdrängungswirkungen kommt.</p> <p>CEF-Maßnahmen im Artenschutzrecht sichern keine Nahrungshabitate. Sie sollen die ökologische Funktionalität von Fortpflanzungs- und Ruhestätten sichern. Eine solche wird durch die Planung nicht beeinträchtigt. Eine Kompensation ist allenfalls im Rahmen der Eingriffsregelung im Umweltbericht denkbar, sofern eine erhebliche Beeinträchtigung feststellbar ist. Dies ist hier nicht der Fall. Ein Kompensationsbedarf ergibt sich daher für den Brachvogel nicht.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> • Ebenso wie für den Brachvogel kommt es auch beim Rotschenkel zu einer erheblichen Beeinträchtigung durch den Verlust an Nahrungsfläche, weil sich ein Rotschenkelbrutplatz in 290 m Entfernung zur nächstgelegenen geplanten WEA befindet (vgl. S. 24). Zudem handelt es sich bei der westlich an den Windpark angrenzenden Fläche um ein Dichtezentrum des Rotschenkels im Emsland. Insofern ist grundsätzlich ein Mindestabstand von 500 m einzuhalten. Auch für den Rotschenkel ist bisher keine CEF-Maßnahme vorgesehen. • Der Mäusebussard nutzt laut avifaunistischem Gutachten den Planungsraum intensiv zur Rast. 75 Rastpunkte wurden im Rahmen der Kartierung (s. avifaunistisches Gutachten S. 23) festgestellt. Laut der „Informationen über Einflüsse der Windenergienutzung auf Vögel“ (Landesamt für Umwelt Brandenburg, 2023) ist der Mäusebussard mit 771 dokumentierten Schlagopfern (Stand: 9.8.23) die bundesweit häufigste als Kollisionsopfer an WEA gemeldete Vogelart und damit eindeutig kollisionsgefährdet. Da die abschließende Liste der kollisionsgefährdeten Arten im BNatSchG nur für Brutvögel gilt, ist dem signifikant erhöhten Tötungsrisiko der rastenden Mäusebussarde durch angemessene Vermeidungs- und / oder CEF-Maßnahmen Rechnung zu tragen. Dies ist jedoch bisher nicht geschehen. • Die saP macht weiterhin keine Aussagen über die erforderlichen CEF- Maßnahmen bei Zerstörungen von Höhlen-/Quartierbäumen. So sind bei unvermeidbaren Zerstörungen potenzieller Fortpflanzungs- und Ruhestätten in Form von Baumhöhlen, Baumspalten u.ä. diese im Verhältnis 1:3 durch geeignete Nisthilfen für Brutvögel zu ersetzen und in räumlich-funktionaler Nähe zu installieren. Potenzielle Fledermausquartiere sind im Verhältnis 1: 5 durch geeignete Fledermauskästen zu kompensieren. Diese sind in räumlich-funktionalem Zusammenhang in Form von sog. Kastenrevieren anzubringen. Sowohl Nistkästen als auch Fledermauskästen sind jährlich zu reinigen und warten. Alternativ können Habitatbäume (v.a. > 100 Jahre alte Buchen, Bäume mit Schadstellen) als Ersatz gefördert und langfristig gesichert werden. Bei unvermeidbaren Zerstörungen potenzieller Fortpflanzungsstätten in Form von Horsten sind diese im Verhältnis 1:3 	<p>Die Feststellung eines Rotschenkels im Rahmen der Kartierungen spricht nicht für ein Dichtezentrum. Im Übrigen gelten die Aussagen zum Großen Brachvogel sinngemäß auch für den Rotschenkel.</p> <p>Die Rastpunkte wurden im Rahmen der gesamten Kartierung festgestellt, nicht innerhalb eines Tages oder einer Woche. Eine besonders hohe Dichte oder Bedeutung des UG als Rastplatz für die Art lässt sich daraus nicht ableiten. Das Avifaunagutachten enthält keine Hinweise auf besondere Ansammlungen, Schlafgemeinschaften oder Dichtezentren. Von einem erhöhten Kollisionsrisiko als Gastvogel ist nicht ersichtlich.</p> <p>Da im Rahmen der Kartierungen keine Quartiere festgestellt wurden, waren auch keine CEF-Maßnahmen zu benennen. Es obliegt im Weiteren der Genehmigungsbehörde, naturschutzfachliche Auflagen im Rahmen der Genehmigung zu formulieren. Sollten im Rahmen von z.B. baubegleitenden Untersuchungen Quartiere, die nachträglich entstanden sind, festgestellt werden, ist darauf im Rahmen der Umsetzung zu reagieren. Dies ist nicht Gegenstand der Bauleitplanung.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>durch geeignete Nisthilfen (Kunstnester / Weidenkörbe) zu ersetzen und in räumlich-funktionaler Nähe zu installieren.</p> <p>Zusammenfassend ist festzustellen, dass die saP den artenschutzrechtlichen Erfordernissen nicht gerecht wird. Es sind zwingend weitere Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen erforderlich, um dem Artenschutzrecht zu genügen.</p> <p>4. Zur forstrechtliche Bilanzierung</p> <p>Die Abarbeitung der forstrechtlichen Bilanzierung ist fehlerhaft. So wurden auf S. 14 die Waldflächen im Hinblick auf die Schutzfunktion mit 1 bewertet. Das ist nicht sachgerecht, da es sich größtenteils um einen gesetzlich geschützten Biotoptyp (und evt. FFH-LRT) handelt. Laut Tab. 4 auf S. 10 ist dafür ein Zuschlag von + 1,5 erforderlich. Der Bereich der Waldfläche 1 wird auch intensiv von Fledermäusen genutzt (Hochbox Standort 6). Auch daraus leitet sich eine höhere Schutzfunktion ab. Dementsprechend ist auch eine höhere Kompensation erforderlich.</p> <p>5. Zum Umweltbericht des B-Plans</p> <p>Die Angaben im Umweltbericht sind zum Teil fehlerhaft oder nicht nachvollziehbar. Folgende Mängel sind zu nennen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Auf S. 13 wird in der Tabelle zu den gesetzlich geschützten Biotopen für den Biotoptyp WVP eine Fläche von 15.443 m² angegeben. In der Forstrechtlichen Bilanzierung werden für die Waldflächen 1 und 2 8.956 m² und 8.625 m², also zusammen 17.581 m² angegeben. Dieser Widerspruch ist zu klären. 	<p>Die Stadt Papenburg teilt die Auffassung, dass die saP den artenschutzrechtlichen Erfordernissen nicht gerecht wird ausdrücklich nicht.</p> <p>Die Auffassung, dass die Bewertung fehlerhaft sei, wird nicht geteilt. Nach Ansicht der Stadt wurde die Bewertung der Schutzfunktion auf Seite 13 des Erläuterungsberichtes zur Forstrechtlichen Bilanzierung ausreichend und nachvollziehbar begründet.</p> <p>Die Betrachtungsebene des Bebauungsplanes und der dazugehörigen Eingriffsbilanzierung sind die Baufenster. Die Forstrechtliche Bilanzierung wurde für die konkrete Genehmigungsplanung erstellt und berücksichtigt neben den konkreten Flächengrößen für Kranstellflächen, Wege und Fundamente u. U. auch Bereiche, die im Rahmen der konkreten Genehmigungsplanung reine Überschwenkbereiche beim Antransport von großen Bauteilen darstellen und deswegen gerodet werden müssen. Sie werden ansonsten jedoch nicht überplant und es erfolgt keine dauerhaft Darstellung dieser Bereiche im B-Plan, da sich Überschwenkbereiche auch z. B. bei Planung eines anderen WEA-Typs ändern können. Sie fließen nicht in die Eingriffsbilanzierung in den Umweltbericht mit ein und sind erst auf der konkreten Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Die Flächengrößen weichen daher voneinander ab, was in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am 06.06.2024 vom Planungsbüro bereits erläutert wurde.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> Auf S. 16 wird dargestellt, dass Erschließungswege, sonstige Aufstell- und Erschließungsflächen wasserdurchlässig geschottert werden sollen. Deshalb wird keine Kompensation für erforderlich angesehen. Dieser Vorgehensweise ist zu widersprechen. Erforderlich ist zumindest eine Kompensation dieser Flächen im Verhältnis 1:0,5. Laut Angaben auf S. 25 soll für gesetzlich geschützte Biotope ein Ausnahmeantrag gestellt werden. Unklar ist, ob dieser Antrag inzwischen gestellt und ob ihm stattgegeben wurde. Ebenso ist unklar, ob eine entsprechende Kompensation erfolgt, so dass tatsächlich die Flächen als „planungsrechtlich freigeräumt“ in die Kompensation mit Wertstufe 1 einfließen können. Laut Angabe auf S. 65 soll der Verlust des gesetzlich geschützten Biotoptyps WVP soll durch Hartholzauenwald kompensiert werden. Das ist rechtlich nicht zulässig. Erforderlich ist die Herstellung des gleichen Biotoptyps. Unklar ist darüber hinaus, ob die anderen betroffenen gesetzlich geschützten Biotoptypen im Ökopool jeweils flächengleich kompensiert werden können. <p>Im Umweltbericht fehlt eine kartographische Darstellung der Ökokontoflächen.</p> <p>6. Zu den Darstellungen in den Bauleitplänen selbst In den Entwürfen der Bauleitpläne befinden sich gar keine textlichen oder kartographischen Darstellungen zu Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen. Dies ist unbedingt zu ändern. Die Umsetzung der arten- und naturschutzrechtlichen Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahme ist durch entsprechende Darstellungen sicherzustellen.</p>	<p>Dem durch den LK Emsland gegebenen Hinweis zu der Berücksichtigung der Kranstellflächen und Zuwegungen in der Bilanzierung (s. o.) wird gefolgt und für die Teilversiegelung ein Wert von 0,5 in der Bilanzierung berücksichtigt.</p> <p>Der Ausnahmeantrag wurde am 10.07.2024 beim Landkreis Emsland gestellt und befindet sich derzeit in Bearbeitung. Entsprechend einer Abfrage der Betreiberin UKA vom 16.09.2024 bestehen seitens der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises bisher keine Nachforderungen oder Nachfragen zum Ausnahmeantrag. Gründe, die gegen Erteilung einer Ausnahmegenehmigung sprechen, sind zum jetzigen Zeitpunkt also nicht bekannt. Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung ist daher zu erwarten. Die Verwaltung wird den Rat in der Sitzung zur Feststellung der FNP-Änderung über diesen Sachstand informieren und parallel im Bebauungsplanverfahren umgehend über die Entscheidung des Landkreises über den Ausnahmeantrag in Kenntnis setzen, sobald diese vorliegt.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Umweltbericht übernimmt an dieser Stelle Inhalte aus dem Kompensationskonzept, auf dessen Basis der Ausnahmeantrag zur Überplanung geschützter Biotope gestellt wurde. Der Ausnahmeantrag an sich ist nicht Gegenstand der vorliegenden FNP-Änderung. Eine Klärung der Zulässigkeit des Vorhabens findet im Rahmen des Ausnahmeantragsverfahrens statt und wird, was das Ergebnis des Antrags auf Ausnahme betrifft, auf das Bauleitplanverfahren zur Änderung des Bebauungsplans abgeschichtet.</p> <p>Eine kartographische Darstellung ist nicht zwingend erforderlich. Sie wird zur besseren Übersicht jedoch redaktionell ergänzt.</p> <p>In der Planzeichnung zum Bebauungsplan erfolgt in den Hinweisen eine Auflistung der zur externen Kompensation herangezogenen Ökokonten. Auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung, wie der vorliegenden 124. Flächennutzungsplanänderung, wird keine Kompensation eingestellt. Eine kartographische Darstellung von Vermeidungsmaßnahmen ist nicht möglich.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>7. Zu den Begründungen der Bauleitpläne Obwohl in der Stellungnahme des NABU vom 29.01.2024 bereits ausführlich auf die Problematik hingewiesen wurde, erfolgt in den Begründungen zur den Bauleitplänen keinerlei Aussage dazu, wie mit der entstehenden Brandgefahr durch die WEA umgegangen werden soll. Immer wieder kommt es zu Brandereignissen an WEA. Hier ist zu beachten, dass brennende WEA aufgrund ihrer Höhe von mehr als 200 m nicht gelöscht werden können. Gängige Praxis der Feuerwehr ist es, die Anlagen kontrolliert abbrennen zu lassen, was mitunter mehrere Stunden andauern und mit einer weiträumigen Verteilung brennender Teile einhergehen kann. Hinzu kommt, dass die Wälder, Moore und Heiden in Niedersachsen in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend unter Trockenheit zu leiden hatten, was naturgemäß mit einer erhöhten Brandgefahr einhergeht. Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahrzehnten klimabedingt fortsetzen. Insofern ist zu befürchten, dass es zu einem nur schwer zu beherrschenden Brandereignis kommt, sollte eine WEA in Brand geraten. Abgesehen von der zu erwartenden Zerstörung der Vegetation sind die Folgen für die umwohnenden Menschen und die Tierwelt in keiner Weise absehbar. In den Planungsunterlagen hat eine Auseinandersetzung damit zu erfolgen, wie erhebliche Schäden an den umliegenden Wald-, Moor- und Heidegebieten vermieden werden sollen.</p>	<p>Ausführungen zum Brandschutz werden redaktionell in die Begründung aufgenommen.</p>
<p>Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Richtfunk; Ortungs-, Navigations-, Flugfunk; Campusnetze Fehrbelliner Platz 3 10707 Berlin</p>	
<p>auf Grundlage Ihrer Angaben wurde von uns eine Überprüfung des o. g. Gebiets auf Beeinträchtigungen von funktechnischen Einrichtungen wie Richtfunkstrecken, Radaren, radioastronomischen Einrichtungen sowie Funkmessstellen der Bundesnetzagentur (BNetzA) durchgeführt. Durch rechtzeitige Einbeziehung ihrer Betreiber in die weitere Planung sollen Störungen vermieden werden.</p> <p>Folgende Betreiber sind im Plangebiet aktiv:</p> <p>BETREIBER RICHTFUNK: =====</p> <p>ETN Internet GmbH & Co. KG</p>	<p>Der Vorhabenträger hat im Rahmen der Standortplanung bereits eine Richtfunktabfrage gemacht und die Richtfunktrassen entsprechend berücksichtigt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>An der Haarbrücke 4 49716 Meppen Deutschland</p> <p>Stadt Papenburg Hauptkanal rechts 68/69 26871 Papenburg Deutschland</p> <p>Telefónica Germany GmbH & Co. OHG Georg-Brauchle-Ring 50 80992 München Deutschland E-Mail: o2-MW-BImSchG@telefonica.com</p> <p>Vodafone GmbH Ferdinand-Braun-Platz 1 40549 Düsseldorf Deutschland E-Mail: Richtfunk.Auskunft@Vodafone.com</p> <p>Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen Tannenbergallee 11 30163 Hannover Deutschland E-Mail: asdn-zn@zpd.polizei.niedersachsen.de</p> <p>BETREIBER RADARE: =====</p> <p>Es sind keine Radare betroffen.</p> <p>BETREIBER RADIOASTRONOMIE: =====</p> <p>Es sind keine Radioastronomie Stationen betroffen.</p> <p>FUNKMESSSTATIONEN DER BNETZA: =====</p> <p>Es sind keine Funkmessstandorte der BNetzA betroffen.</p>	

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Hinweise zum Beteiligungsverfahren des Referates 226 der Bundesnetzagentur</p> <p>=====</p> <p>=====</p> <p>Beachten Sie bitte für Ihr geplantes Vorhaben auch die Hinweise auf unserer Internetseite http://www.bundesnetzagentur.de/bauleitplanung</p>	
<p>Telekom Deutschland GmbH 09.08.2024 Hannoversche Str. 6-8 49084 Osnabrück</p>	
<p>die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Die Telekom hat bezüglich der o. g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.</p> <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren (Internet: https://trassenauskunftkabel.telekom.de oder per Email: Planauskunft.Nord@telekom.de). Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p> <p>In Bezug auf unsere Richtfunkstrecken wenden Sie sich bitte an die Richtfunk-Trassenauskunft, Deutsche Telekom Technik GmbH, Wilhelm-Pitz-Str.1 in 95448 Bayreuth, E-Mail: Richtfunk-Trassenauskunft-dttgmbh@telekom.de</p> <p>Für evtl. Strecken anderer Betreiber: Bundesnetzagentur, Referat 226, Richtfunk, Fehrbelliner Platz 3 in 10707 Berlin.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und sind im Rahmen der Genehmigungs- und Ausführungsplanung zu berücksichtigen.</p> <p>Der Vorhabenträger hat im Rahmen der Standortplanung bereits eine Richtfunkabfrage gemacht und die Richtfunktrassen entsprechend berücksichtigt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>EWE NETZ GmbH Cloppener Straße 302 26133 Oldenburg</p> <p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an einem anderen Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, gelten dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik. Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B. Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 2,2 m mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 5m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Für einen eventuell später steigenden Leistungsbedarf könnte ein weiterer Stationsplatz und Leitungsverlegungen in den Versorgungstreifen erforderlich werden. Wir bitten Sie, dass bei Ihren Planungen ebenfalls zu berücksichtigen. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des</p>	<p>Die Hinweise werden an den Vorhabenträger des Windparks weitergeleitet und sind im Rahmen der Genehmigungs- und Ausführungsplanung zu berücksichtigen.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ GmbH, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren. Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit: https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebieterschliessung</p> <p>In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern. Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagen Auskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunftsportal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren: https://www.ewe-netz.de/ge-schaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</p>	

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sind drei Stellungnahmen von BürgerInnen eingegangen.

Anregungen	Abwägungsvorschläge
BürgerIn 1	
<p>ATP Prüfgelände in der aktuell vorgesehenen Aufteilung der Windenergieanlagen.</p> <p>Ich befürchte eine Beeinträchtigung der Wohnqualität durch Schallimmission und infolgedessen eine Wertminderung meines Eigenheimes und des Grundstücks an der Breiten Pol 3 in 26817 Rhaderfehn I Burlage.</p>	<p>Für den Nachweis, dass eine Realisierung der Planung unter Einhaltung der Schall-Immissionsgrenzwerte möglich ist, wurde das für das Genehmigungsverfahren nach BImSchG für die konkreten Anlagenstandorte und -typen bereits erstellte Schallgutachten herangezogen. Das Gebäude Alter Brunzel 22, Rhaderfehn, als dem Plangebiet näherliegendes Gebäude im Osten, wurde im Schallgutachten als Immissionsort 3 berücksichtigt. Anzusetzen ist hier ein Immissionsrichtwert von maximal 45 dB(A). Gemäß der schalltechnischen Berechnung kann hier durch die geplanten Windenergieanlagen ein Beurteilungspegel von 35 dB(A) erreicht werden. Sodass der Immissionsrichtwert um 10 dB(A) unterschritten wird. Im Rahmen der Genehmigung muss nachgewiesen werden, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Ein über die in der TA-Lärm festgelegten Grenzwerte hinausgehender Anspruch auf Ruhe besteht nicht.</p> <p>Es gibt eine Vielzahl von Studien, die zu dem Ergebnis kommen, dass die Nähe von Windrädern keinerlei Einfluss auf den Immobilienpreis hat (vgl. z.B. Markus Geissmann, Thomas Volken. Untersuchung der Preiswirkung von Windenergieanlagen auf Einfamilienhäuser. Zürich: Bundesamt für Energie, Kanton Thurgau, 11.10.2019. https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/erneuerbare-energien/windenergie.ex-turl.html/aHR0cHM6Ly9wdWJkYi5iZmUuYWRTaW4uY2QvZGUvcHVib-GljYX/Rpb24vZG93bmVvYWQvOTg1MA==.html). Die Beurteilung, ob eine Windkraftanlage als wertmindernder Faktor gesehen wird, hängt vom Einzelfall ab und beruht sowohl auf objektiven als auch auf subjektiven Kriterien. Bei der objektiven Betrachtungsweise steht die klare Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Mittelpunkt. Auf Genehmigungsebene ist gutachterlich nachzuweisen, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Dann werden die Windenergieanlagen objektiv keinen wertmindernden Einfluss auf Immobilien haben. Auch der Petitionsausschuss des Bundestages vom 13.04.2011 hat verdeutlicht, dass eine Wertminderung von Immobilien nur in Betracht käme, wenn von einer unzumutbaren Beeinträchtigung der Nutzungsmöglichkeit des Grundstückes auszugehen sei. Dies könne jedoch ausgeschlossen werden, wenn die Immissionen nicht</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Ich bitte um Berücksichtigung meines Anliegens und um eine entsprechende Rückmeldung.</p>	<p>das zulässige Maß überschreiten. Durch entsprechende Fachgutachten wird im Rahmen der Genehmigung nachgewiesen, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Die Auffassung des Petitionsausschusses des Bundestages wird auch durch einen Beschluss des BVerwG vom 09.02.1995 bekräftigt. Demnach sind „die Auswirkungen, die die Errichtung von baulichen Anlagen in der Umgebung eines Grundstückes auf dessen Verkehrswert haben, alleine keine für die planerische Abwägung erheblichen Belange. Vielmehr kommt es auf die von der (neu) zugelassenen Nutzung unmittelbar zu erwartenden tatsächlichen Beeinträchtigungen an.“ Bei subjektiver Betrachtungsweise spielt das persönliche Empfinden des Einzelnen eine Rolle. Dies ist jedoch kein Belang der in die Bauleitplanung einzustellen wäre. Die Nutzungen der Wohngrundstücke in der Nachbarschaft werden durch die Planung eines Windparks weder rechtlich noch tatsächlich beeinträchtigt.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens erfolgt eine Benachrichtigung der EinwenderInnen über das Abwägungsergebnis.</p>
<p>BürgerIn 2 und 3</p>	
<p>hiermit erheben wir Widerspruch gegen die Errichtung der Windenergieanlagen auf dem ATP Prüfgelände in der aktuell vorgesehenen Aufteilung der Windenergieanlagen.</p> <p>Wir befürchten eine Beeinträchtigung unserer Wohnqualität durch Schallemission und infolgedessen eine Wertminderung unseres Eigenheimes und des Grundstücks an der Umländerwiek links 177 in Papenburg.</p>	<p>Für den Nachweis, dass eine Realisierung der Planung unter Einhaltung der Schall-Immissionsgrenzwerte möglich ist, wurde das für das Genehmigungsverfahren nach BImSchG für die konkreten Anlagenstandorte und -typen bereits erstellte Schallgutachten herangezogen. Das Gebäude Umländerwiek links 177, als dem Plangebiet näherliegendes Gebäude im Westen, wurde im Schallgutachten als Immissionsort 20 berücksichtigt. Anzusetzen ist hier ein Immissionsrichtwert von maximal 45 dB(A). Gemäß der schalltechnischen Berechnung kann hier durch die geplanten Windenergieanlagen ein Beurteilungspegel von 38 dB(A) erreicht werden. Sodass der Immissionsrichtwert um 7 dB(A) unterschritten wird. Im Rahmen der Genehmigung muss nachgewiesen werden, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Ein über die in der TA-Lärm festgelegten Grenzwerte hinausgehender Anspruch auf Ruhe besteht nicht.</p> <p>Es gibt eine Vielzahl von Studien, die zu dem Ergebnis kommen, dass die Nähe von Windrädern keinerlei Einfluss auf den Immobilienpreis hat (vgl. z.B. Markus Geissmann, Thomas Volken. Untersuchung der Preiswirkung</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Wir bitten um Berücksichtigung unseres Anliegens und um eine entsprechende Rückmeldung.</p>	<p>von Windenergieanlagen auf Einfamilienhäuser. Zürich: Bundesamt für Energie, Kanton Thurgau, 11.10.2019. https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/erneuerbare-energien/windenergie.ex-turl.html/aHR0cHM6Ly9wdWJkY5iZmUuYWRTaW4uY2gvZGUvcHVib-GljYX/Rpb24vZG93bmVvYWQvOTg1MA==.html). Die Beurteilung, ob eine Windkraftanlage als wertmindernder Faktor gesehen wird, hängt vom Einzelfall ab und beruht sowohl auf objektiven als auch auf subjektiven Kriterien. Bei der objektiven Betrachtungsweise steht die klare Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Mittelpunkt. Auf Genehmigungsebene ist gutachterlich nachzuweisen, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Dann werden die Windenergieanlagen objektiv keinen wertmindernden Einfluss auf Immobilien haben. Auch der Petitionsausschuss des Bundestages vom 13.04.2011 hat verdeutlicht, dass eine Wertminderung von Immobilien nur in Betracht käme, wenn von einer unzumutbaren Beeinträchtigung der Nutzungsmöglichkeit des Grundstückes auszugehen sei. Dies könne jedoch ausgeschlossen werden, wenn die Immissionen nicht das zulässige Maß überschreiten. Durch entsprechende Fachgutachten wird im Rahmen der Genehmigung nachgewiesen, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Die Auffassung des Petitionsausschusses des Bundestages wird auch durch einen Beschluss des BVerwG vom 09.02.1995 bekräftigt. Demnach sind „die Auswirkungen, die die Errichtung von baulichen Anlagen in der Umgebung eines Grundstückes auf dessen Verkehrswert haben, alleine keine für die planerische Abwägung erheblichen Belange. Vielmehr kommt es auf die von der (neu) zugelassenen Nutzung unmittelbar zu erwartenden tatsächlichen Beeinträchtigungen an.“ Bei subjektiver Betrachtungsweise spielt das persönliche Empfinden des Einzelnen eine Rolle. Dies ist jedoch kein Belang der in die Bauleitplanung einzustellen wäre. Die Nutzungen der Wohngrundstücke in der Nachbarschaft werden durch die Planung eines Windparks weder rechtlich noch tatsächlich beeinträchtigt.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens erfolgt eine Benachrichtigung der EinwenderInnen über das Abwägungsergebnis.</p>
<p>Gemeinschaftsstellungnahme von 13 BürgerInnen</p>	
<p>wir, die Anlieger der Straße „Im Eichengrund“, als Betreiber landwirtschaftlicher Höfe und Anwohner zur ATP-Teststrecke, sehen uns durch die geplante Ausweisung und den Betrieb eines Windparks erheblich und unverhältnismäßig betroffen.</p>	

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Unsere landwirtschaftlichen Betriebe sind über Jahrzehnte - und deutlich vor dem Bau der Teststrecke - im öffentlichen Interesse in den Eichengrund ausgesiedelt worden. Erste Ansiedlungen erfolgten nach dem 2. Weltkrieg als Vertriebene, später im Rahmen des Baus der Autobahn 31. Das sog. Korte-Moor ist mit erheblichen finanziellen Mitteln für die Landwirtschaft kultiviert worden. Damit konnten aus den Ortslagen störende Betriebe in den Außenbereich verlagert werden.</p> <p>Auch den Betrieben, die im Rahmen des Baus der A31 aussiedelten, ist damals zugesichert worden, dass diese Betriebe über Generationen hinweg entwicklungsfähig seien und beschränkungsfrei wirtschaften können. Stattdessen hat man uns versprochene Erweiterungsflächen für Aufforstungen an Mercedes weggegeben. Die kommunalen Bauleitplanungen sahen dafür eigentlich andere Standorte vor.</p> <p>Natürlich war auch eine Entwicklung der Betriebe Richtung Norden und Westen, eben wegen der Teststrecke, nicht mehr möglich. Hier sah man schon von jeher potentielle Räume, um die landwirtschaftlichen Betriebe zu erweitern. Die Teststrecke liegt von den Betrieben und Wohnhäusern teilweise in nur rd. 800 m Entfernung - oft in freier Sicht und Hauptwindrichtung.</p> <p>Durch den Bau der Teststrecke war auch der Bau von Windkraftanlagen mittelbar auf unseren landwirtschaftlichen Grundstücken nicht mehr möglich, dies wurde im Rahmen der damaligen Raumordnungen/Bauleitplanungen verhindert.</p> <p>Stattdessen werden wir durch Betriebslärm der Teststrecke fast täglich daran erinnert, dass eine beschränkungsfreie Entwicklung - und auch ein ruhiges Wohnen im Außenbereich - nicht mehr möglich sind. Durch die geplanten 20 und über 250m hohen Windkraftanlagen wird dies auch noch erheblich verstärkt werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die nebenstehenden Ausführungen betreffen die Planung des Ursprungsbebauungsplanes Nr. 145. Vorliegend ist das Verfahren der 124. Flächennutzungsplanänderung gegenständlich.</p> <p>Derzeit erfolgt die Steuerung der Windplanung im Landkreis Emsland maßgeblich über das Regionale Raumordnungsprogramm aus dem Jahr 2015. Dort wurden zahlreiche Belange, darunter auch 800 m Abstände zu Wohngebäuden im Außenbereich, angesetzt und die für Windenergie geeigneten Gebiete als Vorrang- bzw. Eignungsgebiete für Windenergienutzung festgelegt. Die Teststrecke wurde in diesem Rahmen als geeignete Fläche ausgewiesen. Angrenzende Flächen wurden nicht als für Windenergie geeignet festgelegt. Steuerungswirkungen alter Planungen sind nicht Gegenstand der vorliegenden Planung.</p> <p>Der Außenbereich ist nicht für das ruhige Wohnen bestimmt. Prinzipiell soll der Außenbereich von Bebauung freigehalten werden. Zulässig sind Nutzungen, die im Innenbereich nicht realisierbar sind (z.B. Tierhaltungsanlagen, Windenergieanlagen). Wohnungen können im Zusammenhang mit im Außenbereich privilegierten Vorhaben zulässig sein. Für Wohnnutzungen im Außenbereich gilt daher auch eine geringere Schutzwürdigkeit als für Wohnnutzungen in Wohngebieten.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Es mag sein, dass sich die Windkraftanlagen an geltende rechtliche Bestimmungen halten. Wir halten dies aber zusammenfassend für nicht mehr tragbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe ist eingeschränkt/nicht mehr möglich, • der Bau von Windkraftanlagen ist auf unseren eigenen Freiflächen nicht mehr umsetzbar, 	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß die rechtlich zulässigen Immissionsrichtwerte von 45 db(A) nachts für Wohngebäude im Außenbereich nur bei den Wohnhäusern Am Eichengrund 20 und 21 eingehalten werden. Bei den entfernter liegenden Wohngebäuden 9-11 werden Werte von maximal 39 dB(A) erreicht. Damit wird dort sogar der Immissionsrichtwert für allgemeine Wohngebiete eingehalten.</p> <p>Der Stadt Papenburg ist bewusst, dass der Ausbau der Windenergie die Konkurrenzsituation verschiedener im Außenbereich privilegierter Nutzungen erhöht. Durch die Realisierung der Windenergieanlagen werden an einigen Immissionsorten die zulässigen Immissionsrichtwerte nachts fast erreicht. Zusätzliche Immissionen durch weitere geräuschintensive landwirtschaftliche Anlagen sind im Einwirkungsbereich dieser Immissionsorte begrenzt. Dies gilt nicht, wenn es sich um das Wohneigentum des Betreibers der landwirtschaftlichen Anlagen handelt. Im Tagzeitraum leisten die Windenergieanlagen keinen relevanten Zusatzbeitrag an den Immissionsorten, sodass die Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsstätten tagsüber durch die vorliegende Planung nicht eingeschränkt wird. Konkrete Erweiterungsabsichten, die in die nach Realisierung und in die Planung einzustellen wären, sind der Stadt nicht bekannt.</p> <p>Insgesamt geht die Stadt Papenburg davon aus, dass es im Stadtgebiet ausreichende Außenbereichsflächen zur Entwicklung von landwirtschaftlichen Produktionsstandorten gibt. Die Ausweisung des vorliegenden Windparks ist daher auch wichtig, damit die Flächenbeitragswerte im Landkreis Emsland erreicht wird und damit einer uneingeschränkten Privilegierung von Windkraftanlagen vorgebeugt wird. Damit werden die nicht als Windenergiegebiete ausgewiesenen Außenbereiche des Stadtgebietes vor möglichen Einschränkungen durch Windkraftanlagen geschützt. Die Stadt kommt mit der vorliegenden Planung der Anpassung an die Ziele der Raumordnung zur Realisierung des Eignungsgebietes für Windenergie nach.</p> <p>Es wird auf oben stehende Abwägung verwiesen.</p> <p>Derzeit erfolgt die Steuerung der Windplanung im Landkreis Emsland maßgeblich über das Regionale Raumordnungsprogramm aus dem Jahr 2015. Dort wurden zahlreiche Belange, darunter auch 800 m Abstände zu Wohn-</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> • es werden kumulierte Belästigungen eintreten: <ul style="list-style-type: none"> ○ ATP-Teststrecke (dauerhafte Geräuschkulisse, an sieben Tagen in der Woche und Tag und Nacht, teilweise sehr laut) ○ Geplanter Windpark: Lärm und Beschattung, 	<p>gebäuden um Außenbereich, angesetzt und die für Windenergie geeigneten Gebiete als Vorrang- bzw. Eignungsgebiete für Windenergienutzung festgelegt. Die Teststrecke wurde in diesem Rahmen als geeignete Fläche ausgewiesen. Angrenzende Flächen wurden nicht als für Windenergie geeignet festgelegt. Die Entwicklungsmöglichkeiten von Windkraftanlagen in angrenzenden Flächen werden daher nicht durch die vorliegende Planung begrenzt, sondern bestehen bereits durch das Regionale Raumordnungsprogramm nicht.</p> <p>In die Bauleitplanung wurde das schalltechnische Gutachten der I17-Wind GmbH & Co. KG, das für das Genehmigungsverfahren nach BImSchG für die 20 Windenergieanlagen erstellt wurde, eingestellt. In diesem Gutachten wurden alle bestehenden Vorbelastungen sowie die Zusatzbelastung durch die Windparkplanung geprüft. Nach den Berechnungen der Gutachter, auf Basis der genehmigten Nutzung des Testgeländes, leisten die Geräusche des Testgeländebetriebs an keinem für die Windparkplanung relevanten Immissionsort einen Immissionsbeitrag der den Richtwert um weniger als 15 dB(A) unterschreitet. Dies ist die Grenze zur Bestimmung von Vorbelastungen, die näher betrachtet werden müssen. Gemäß Punkt 2.3 der TA Lärm ist der Einwirkungsbereich einer Anlage definiert als der Bereich in dem der durch die Anlage verursachte Beurteilungspegel weniger als 10 dB(A) unter dem Immissionsrichtwert liegt. Somit wurde im Sinne einer abgesicherten Prüfung im Rahmen dieser Planung die Relevanzschwelle erhöht. Dennoch war die Vorbelastung des Prüfgeländes nicht weiter zu berücksichtigen.</p> <p>Zudem wurde in die Bauleitplanung das Schattenschlaggutachten der I17-Wind GmbH & Co. KG, das für das Genehmigungsverfahren nach BImSchG für die 20 Windenergieanlagen erstellt wurde, eingestellt. Demnach wird bei der Gesamtbelastung der Grenzwert für die astronomisch maximal mögliche Schattenwurfdauer von 30 Stunden pro Jahr und/oder 30 Minuten pro Tag an den mehreren Immissionsorten überschritten. Die Rotorschattenwurfdauer muss an den genannten Immissionsorten durch den Einsatz eines Schattenwurfabschaltmoduls entsprechend der vorgenannten Empfehlungen begrenzt werden. Dieses Modul schaltet die Windenergieanlagen ab, wenn an den relevanten Immissionsorten die vorgegebenen Grenzwerte erreicht sind. Die Genehmigung nach BImSchG wird die Auflage des Einsatzes eines Schattenwurfabschaltmoduls enthalten.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste unserer Höfe/Häuser/Grundstücke, und nicht zuletzt: 	<p>Die gesetzlichen Grenzwerte zu Schallimmissionen und Schattenschlag werden demnach eingehalten. Ein über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehender Schutzanspruch besteht nicht.</p> <p>Es gibt eine Vielzahl von Studien, die zu dem Ergebnis kommen, dass die Nähe von Windrädern keinerlei Einfluss auf den Immobilienpreis hat (vgl. z.B. Markus Geissmann, Thomas Volken. Untersuchung der Preiswirkung von Windenergieanlagen auf Einfamilienhäuser. Zürich: Bundesamt für Energie, Kanton Thurgau, 11.10.2019. https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/erneuerbare-energien/windenergie.ex-turl.html/aHR0cHM6Ly9wdWJkYi5iZmUuYWRTaW4uY2gvZGUvcHVib-GljYX/Rpb24vZG93bmXvYWQvOTg1MA==.html). Die Beurteilung, ob eine Windkraftanlage als wertmindernder Faktor gesehen wird, hängt vom Einzelfall ab und beruht sowohl auf objektiven als auch auf subjektiven Kriterien. Bei der objektiven Betrachtungsweise steht die klare Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Mittelpunkt. Auf Genehmigungsebene ist gutachterlich nachzuweisen, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden. Dann werden die Windenergieanlagen objektiv keinen wertmindernden Einfluss auf Immobilien haben. Auch der Petitionsausschuss des Bundestages vom 13.04.2011 hat verdeutlicht, dass eine Wertminderung von Immobilien nur in Betracht käme, wenn von einer unzumutbaren Beeinträchtigung der Nutzungsmöglichkeit des Grundstückes auszugehen sei. Dies könne jedoch ausgeschlossen werden, wenn die Immissionen nicht das zulässige Maß überschreiten. Durch entsprechende Fachgutachten wird im Rahmen der Genehmigung nachgewiesen, dass die gesetzlichen Grenzwerte eingehalten werden. Die Auffassung des Petitionsausschusses des Bundestages wird auch durch einen Beschluss des BVerwG vom 09.02.1995 bekräftigt. Demnach sind „die Auswirkungen, die die Errichtung von baulichen Anlagen in der Umgebung eines Grundstückes auf dessen Verkehrswert haben, alleine keine für die planerische Abwägung erheblichen Belange. Vielmehr kommt es auf die von der (neu) zugelassenen Nutzung unmittelbar zu erwartenden tatsächlichen Beeinträchtigungen an.“ Bei subjektiver Betrachtungsweise spielt das persönliche Empfinden des Einzelnen eine Rolle. Dies ist jedoch kein Belang der in die Bauleitplanung einzustellen wäre. Die Nutzungen der Wohngrundstücke in der Nachbarschaft werden durch die Planung eines Windparks weder rechtlich noch tatsächlich beeinträchtigt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<ul style="list-style-type: none"> Minderung der Wohnqualität (Lärm/Sicht, dies alles direkt/ungehindert). <p>Wir fordern deshalb:</p> <p>1. Kumulierte Betrachtung der Immissionen: Sämtliche Immissionen von der Teststrecke inklusive der Immissionen aus dem geplanten Windpark sind (ggf. gutachterlich) zu bewerten.</p> <p>2. Reduzierung der Immissionen des Testbetriebes ATP:</p> <ul style="list-style-type: none"> Nur für den eigentlichen Testbetrieb von ATP sollten Immissionen verursacht werden, keine "privaten Veranstaltungen" (Wettrennen), diese sind teilweise extrem laut und finden oft an Feiertagen statt. Festlegung von Zeiten, in denen ein Betrieb nicht möglich ist, z.B. sonntags/an Feiertagen und in den Nachtstunden und frühen Morgenstunden. Aktiver Lärmschutz, z.B. durch Lärmschutzwände direkt an den Fahrbahnen. <p>Wir haben auch Sorge, dass durch den schon einmal im Raum stehenden Verkauf des Testgeländes die Lärmbelästigung noch verstärkt werden könnte. Hier sollte man dagegen vorbeugend hinwirken.</p> <p>3. Keine dauerhafte Beleuchtung der Windkraftanlagen (Warnlicht...):</p>	<p>Es wird auf oben stehende Abwägung verwiesen, wonach der Außenbereich ist nicht für das ruhige Wohnen bestimmt und die gesetzlichen Schutzansprüche eingehalten werden. Eine optisch bedrängende Wirkung der geplanten Windenergieanlagen ist aufgrund der Abstände zwischen Wohngebäuden und für Windenergie vorgesehenen Bereichen nach den Vorgaben des Gesetzes ebenfalls ausgeschlossen. Der Ausbau Erneuerbarer Energien wird landes- und bundesgesetzlich stark forciert. Eine Betroffenheit von AnwohnerInnen ergibt sich in allen Gebieten der Stadt Papenburg. In der Abwägung wird dem Ausbau von Windenergie bundesgesetzlich ein überragendes öffentliches Interesse zugesprochen (§ 2 EEG 2023).</p> <p>Es wird auf oben stehende Abwägung zu dieser Thematik verwiesen.</p> <p>Der Betrieb des Testgeländes ist nicht Gegenstand der vorliegenden Planung. Die Betreiber müssen sich an die Auflagen der immissionsrechtlichen Genehmigung des Testgeländes halten. Demnach ist der Betrieb werktäglich zwischen 07:00 und 20:00 Uhr zulässig. Zudem sind an Sonn- und Feiertagen Veranstaltungen zwischen 09:00 und 18:00 Uhr zulässig. Die Zulässigkeit der Teststrecke wird durch die gegenständliche Planung nicht berührt. Es werden lediglich zusätzlich Windenergieanlagen zugelassen. Immissionsschutzrechtlich ist eine Reduzierung der Betriebszeiten nicht erforderlich. Auf Ebene der Bauleitplanung wäre eine Betriebszeitenregelung zudem nicht möglich.</p> <p>Für den zusätzlichen Betrieb der Windenergieanlagen sind Lärmschutzwände gegenüber den angrenzenden Wohngebäuden nicht erforderlich. Auch für den Betrieb der Teststrecke ist dies gemäß der bestehenden Genehmigung nicht erforderlich.</p> <p>Auch bei einem Verkauf wären die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsauflagen einzuhalten.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Wir bitten darum, möglichst eine wirksame Abschirmung bzw. Minderung zu den Wohnstandorten vorzunehmen oder eine Beleuchtung nur im Bedarfsfall zulassen, beispielsweise wenn Flugobjekte sich nähern (bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung). Eine Beleuchtung/Blinken zu jeder Tages- und Nachtzeit ist angesichts der unmittelbaren Nähe der Wohnbebauungen aus unserer Sicht nicht zumutbar und nicht verhältnismäßig.</p> <p>4. Wir befürchten, dass der Netzbetreiber durch die große Menge des erzeugten Stroms des Windparks vermehrt Abschaltungen unserer Photovoltaikanlagen/Biogasanlage vornehmen wird, um das öffentliche Stromnetz vor einer Überlastung zu schützen. Es ist sicherzustellen, dass dies nicht eintritt.</p> <p>5. Angemessene finanzielle Entschädigung: Diese hat sich nicht nur nach dem gesetzlichen Mindestmaß („Nds. Windgesetz“) auszurichten, sondern darüber hinaus. Denn wie dargelegt, machen wir eine besondere Betroffenheit geltend. Wir beziehen uns dabei auch auf den Presseartikel aus der Ems-Zeitung vom 16.07.2024, mit dem Anlieger aus Papenburg Stellung bezogen und Forderungen gestellt haben. Auch sollte eine lukrative finanzielle Beteiligung („Bürgerpark“) insbesondere für uns als Anlieger und Hauptbetroffene selbstverständlich sein.</p>	<p>Ende 2015 wurde eine bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung (BNK) zugelassen, die die Beleuchtung nur dann anschaltet, wenn sich ein Luftfahrzeug in einem Umkreis von 4 km und einer Flughöhe von weniger als 600 m befindet. Seither wurden mehrere technische Systeme zur BNK zugelassen und die Verwaltungsvorschrift geändert. Der Einsatz von BNK ist gem. dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) ab dem 01.01.2025 verpflichtend. Ab 2025 werden Windenergieanlagen daher nur dann nachts zu sehen sein, wenn sich ein Flugzeug dem Windpark nähert. Diese sind auch bei dem vorliegenden Windpark geplant.</p> <p>Die Steuerung des Stromnetzes kann weder durch die Bauleitplanung noch anderweitig von der Stadt Papenburg geregelt werden.</p> <p>Eine finanzielle Beteiligung von AnwohnerInnen sieht das neue Gesetz nicht zwingend vor. Gemäß dem Niedersächsischen Gesetz über die Beteiligung von Kommunen und Bevölkerung am wirtschaftlichen Überschuss von Windenergie- und Photovoltaikanlagen (NWindPVBetG) müssen Betreiber neben einer jährlichen Akzeptanzabgabe von 0,02 je kWh für die tatsächlich eingespeiste Strommenge an die betroffenen Gemeinden, eine weitere Möglichkeit zur finanziellen Beteiligung anbieten. Dem Betreiber bleibt dabei überlassen, ob dieses Angebot der Kommune oder den AnwohnerInnen (2,5 km zur Anlage) gemacht wird und welche Arten der finanziellen Beteiligung er anbietet. Die finanzielle Beteiligung muss dabei 0,01 je kWh für die tatsächlich eingespeiste Strommenge über gesamte Nutzungsdauer entsprechen. Eine über die gesetzlichen Regelungen hinausgehenden Anspruch auf finanzielle Beteiligung haben AnwohnerInnen nicht. Derzeit ist noch unklar, ob das Projekt Prüfgelände dem niedersächsischen Beteiligungsgesetz unterliegt. Mercedes-Benz und UKA hatten sich bereits vor Bekanntwerden jener Gesetzesinitiative freiwillig zu einer finanziellen Beteiligung der umliegenden Kommunen Papenburg, Surwold, Bockhorst und Rhaderfehn entsprechend der Möglichkeiten des § 6 EEG in Höhe von 0,2 ct je eingespeister kWh entschlossen. Eine Beteiligung der BürgerInnen am Windpark durch eine Bürgerwindenergieanlage ist seitens der Flächeneigentümer nicht gewünscht. Der Rat der Stadt Papenburg hat dennoch dafür gestimmt die vorliegende Bauleitplanung einzuleiten.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Wir sind der Überzeugung, dass durch den Betrieb der Teststrecke und dem geplanten Windpark "das Fass übergelaufen" ist bzw. überlaufen wird. In der Bevölkerung herrscht großer Unmut darüber, und das auch schon seit Jahren. Mercedes als Weltkonzern hat jederzeit und öffentlich versichert, auf die Anlieger in besonderer Weise "als Nachbar" Rücksicht zu nehmen. Fest steht für uns und sicherlich für die betroffene Bevölkerung, dass man keinen Kontakt pflegt und dass sich das <u>gesetzlich normierte "Gebot der Rücksichtnahme" nur an den gesetzlichen Mindeststandards bemisst.</u></p> <p>Wir halten es auch für angebracht, wenn die Verantwortlichen mit uns das persönliche Gespräch suchen.</p> <p>Davon abgesehen bitten wir um schriftliche Stellungnahme und darum, uns im Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Um Übersendung der Baugenehmigung (auszugsweise, relevante Regelungen) für die Errichtung der Windkraftanlagen wird gebeten.</p>	<p>Es ist die politische Entscheidung des demokratisch gewählten Rates der Stadt Papenburg die vorliegende Bauleitplanung einzuleiten. Grundsätzlich hat Stadt Papenburg keinen Einfluss auf die Kommunikation der Mercedes Benz Group AG. In Zusammenarbeit des Projektentwicklers und der Stadt Papenburg haben im März 2024 zwei Bürgerinformationsveranstaltungen in Surwold und in Papenburg stattgefunden. Zudem gibt es seitens des des Projektentwicklers eine Informationswebsite zum Windpark-Vorhaben. Nach Aussagen des Projektentwicklers gab es auf Wunsch von Anwohnenden auch bereits persönliche Gespräche.</p> <p>Im Rahmen der Bauleitplanung erfolgt die Beteiligung gemäß den gesetzlichen Vorgaben. BürgerInnen konnten sich im Verfahren gem. § 3 (1) sowie § 3 (2) BauGB zur Planung äußern. Zudem besteht im Rahmen der politischen Sitzungen der Stadt Papenburg die Möglichkeit Fragen zur Planung zu stellen. Eine schriftliche Benachrichtigung über das politisch beschlossene Abwägungsergebnis erfolgt nach Abschluss des Verfahrens.</p> <p>Die Übersendung einer Baugenehmigung an Dritte ist nicht zulässig.</p>